

# AUFTRAG

ISSN 1866-0843

VERBANDSZEITSCHRIFT  
Gemeinschaft Katholischer Soldaten

01.2021 | Heft 308

## Exklusiv

Interview mit dem  
Bundeswahlleiter  
Dr. Georg Thiel



## Wir haben die Wahl!

Das Superwahljahr 2021; Rückblick auf ein Jahr mit COVID-19; Wie hat CORONA die Kommunikation in der Bundeswehr verändert?; Wie viel USA braucht die Sicherheit des Westens?; Himmel 4.0; Synodaler Weg; Rezensionen, Menschen der GKS und die GKS-Meldungen



Alle reden von DIGITALISIERUNG!  
Bei uns ist sie Teil des Verbandslebens!



# ONLINE-ABENDE

April bis Juni  
2021

Die nächsten Online-Abende sind:

21  
April

**Die Bewaffnung von Drohnen –  
Auch eine ethische Herausforderung**

Referent: Dr. Peter Tauber (MdB)

Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung

**19.30 bis 21.00 Uhr**

26  
Mai

**Himmel 4.0:**

**Wie die digitale Revolution zur Chance für das Evangelium wird**

Referent: Erik Händeler

**19.30 bis 21.00 Uhr**

23  
Juni

**Können Kriege gerecht sein?**

Referent: Prof. Dr. Thomas R. Elßner

Referatsleiter Referat II im Kath. Militärbischofsamt

**19.30 bis 21.00 Uhr**

Zur Teilnahme benötigen Sie einen Computer, Laptop oder ein Smartphone mit Kamera.  
Programmpunkte finden Sie auf unserer Homepage:

<https://gemeinschaft-katholischer-soldaten.de>

## Editorial

### „Wir müssen uns mit den politischen Inhalten auseinandersetzen“

Oberstleutnant  
Gerd Fridrich  
Stellv. Bundesvorsitzender  
der GKS



Foto: G. Fridrich

#### Auch in Deutschland spricht der Wutbürger.

**W**er die Wahl hat, hat auch die Qual – eigentlich. Mein Eindruck ist jedoch, dass sich viele nicht quälen wollen. Über politische Inhalte nachzudenken, sich auszutauschen und konstruktiv zu debattieren ist nicht mehr en vogue.

Das Brexit-Referendum und die US-Wahlen als prominente Beispiele haben neben vielen weiteren Wahlen in Europa gezeigt, dass einfache, plakative und emotionale Versprechen für politisch komplexe Zusammenhänge die meisten Wähler\*innenstimmen mit sich bringen. Auch die vermeintliche Unterscheidung zwischen „Fake News“ und „Alternative Facts“ wurde zu meiner Überraschung von großen Teilen der betroffenen Wählerschichten nicht getroffen.

Wenn die Wähler sich für die komplizierten Vorgänge in der demokratischen Politik nicht interessieren und auch keine Verpflichtung sehen, sich damit zu befassen, vertrauen sie den einfachen und plakativen Versprechungen der Demagogen. Diese Blauäugigkeit trifft insbesondere die Wähler\*innen, die sich von den Politikern nicht mehr vertreten, sondern missachtet und übergangen fühlen. In den letzten Wochen konnte man die Folgen sehen, insbesondere wie bei geschickter Nutzung der sozialen Medien die davon ausgehende Gefahr potenziert wird. Bei der Einführung des neu gewählten US-Präsidenten wurde das Militär nicht zu Parade-, sondern zu Schutzzwecken eingesetzt.

Doch während wir mit selbstherrlicher Arroganz auf die Zustände in Amerika blicken, sollten wir uns die Szenen des Sturms auf den Reichstag und die unzähligen teils gewalttätigen Demonstrationen der Verschwörungstheoretiker\*innen, Corona-Leugner\*innen, Rechtspopulist\*innen vor Augen halten.

Gewalttätig ausufernde Demonstrationen, die Medien sprechen auch effekthaschend von „Unruhen“, sind inzwischen in vielen Ländern Europas an der Tagesordnung – wenngleich der Anlass unterschiedlich ist: Niederlande, Österreich, Frankreich, Russland, Spanien – die Liste ist lang und zeigt uns, dass Demokratie nicht immer Gräben in einer Gesellschaft überbrückt. Um im September die Qual vor der Wahl zu lindern, müssen wir uns mit den politischen Inhalten auseinandersetzen und uns austauschen. Für die Bundestagswahl wird es wesentlich sein, dass Emotionen und Populismus, „Fake News“ und „Alternative Facts“ die Bundestagswahl nicht dominieren. Für die im Rahmen der diesjährigen Bundeskonferenz anstehende Wahl des Bundesvorstandes der GKS, die wir coronabedingt online durchführen werden, kann ich Ihnen aber versprechen, dass wir auf „Fake News“ und „Alternative Facts“ verzichten werden.

Wenngleich ich mir nicht sicher bin, wann wir uns wieder begegnen werden, kann ich Ihnen bis dahin zumindest unsere regelmäßig stattfindenden Online-Seminare zu unseren Themen empfehlen. Ich freue mich bereits auf die Zeit, in der wir nicht nur inhaltlich zusammenarbeiten, sondern auch wieder einen Teil unserer Freizeit gemeinsam verbringen dürfen. ■

Ihr Gerd Fridrich





Foto: Statistisches Bundesamt (Destatis)

Interview mit  
Dr. Georg Thiel:  
„Sichere Wahlen unter  
Pandemiebedingungen  
sind möglich“

16

#### GKS-Meldungen

- 06 „Innere Führung“ unter neuer Leitung
- 06 Follow us! GKS auf Instagram
- 08 Corona, eine Herausforderungen, die bleibt
- 08 Bundeskonferenz 2021
- 08 Das Eurocorps
- 09 **Nachruf:** Zum Tod von General  
a. D. Karl Heinz Lather

#### Titelthemen

- 14 **2021** – Das Dauerwahljahr
- 18 Kleine Geschichte über die Wahlurne
- 20 Wählen Frauen anders als Männer?
- 26 **Corona:** Wie hat sich unsere Normalität  
verändert?
- 30 **Corona-Bilanz:** Die Geschichte eines Wandels
- 38 **Himmel 4.0:** Wie die digitale Revolution zur  
Chance für das Evangelium wird
- 41 **Bericht:** Synodaler Weg

#### Weitere Rubriken

- 03 Editorial
- 10 Panorama
- 12 Wort des geistlichen Beirats
- 44 Medien/Buchempfehlung
- 46 Menschen der GKS
- 47 Vorschau/Impressum



Foto: Pixabay

**CORONA und die Bundeswehr**  
„Die Digitalisierung für den  
öffentlichen Dienst  
ist ausbaufähig“

28



Foto: Pixabay

**Great Expectations**  
Außenpolitik unter Joe Biden

34



## „INNERE FÜHRUNG“ unter neuer Leitung

Manchmal steht man sehr schnell ohne „Leader“ da. Das kennen viele nicht nur aus dem Mannschaftssport, wenn der Kapitän plötzlich ausfällt. Diese Erfahrung musste 2019 auch der GKS-Sachausschuss „Innere Führung“ machen. Wie sollte der Ausfall des Sachausschussvorsitzenden kompensiert werden?

## „Telearbeit“ – der Informationsflyer als Handreichung und Unterstützung

Der Bundesvorstand entschied sich, aus der Not eine Tugend zu machen, und rief das Projekt „Kooperative Sachausschussführung“ ins Leben. Fortan sollte nicht mehr eine Person den Sachausschuss leiten, sondern aus der Gesamtheit der Mitglieder wurde zunächst für zwei Jahre die inhaltliche und organisatorische Arbeit des Sachausschusses sichergestellt, teilweise mit Ideen, die ihrer Zeit voraus waren. So beschäftigte sich der Ausschuss mit der „Telearbeit“ - 2019 noch ein Thema, das abseits des Personals in Disziplinarverantwortung oder der Gleichstellungsbeauftragten weniger Aufmerksamkeit in der Bundeswehr erzeugt haben dürfte. Im Februar 2020, als der „Lockdown“ oder das „Homeoffice“ noch fernab der öffentlichen Schlagzeilen waren, erarbeitete der Ausschuss in Berlin dazu einen Informationsflyer als Handreichung und Unterstützung für Soldatinnen und Soldaten sowie Disziplinarvorgesetzte. Es ergab sich im Rahmen der „Kooperativen Sachausschussführung“ auch eine Lösung für die unbesetzte Führung des Sachausschusses.

## Neues Führungsduo

Nach Ablauf der Projektphase erklärten sich Magdalena Gorska und Sebastian Kaup bereit, auch zukünftig für die Repräsentation des Ausschusses und für die organisatorische Arbeit zu sorgen. Nichtsdestotrotz: Auch wenn es eine neue Führung gibt, wird die inhaltliche Arbeit weiterhin alternierend von Sitzung zu Sitzung durch alle Mitwirkenden des Ausschusses wahrgenommen. Eine weitere spannende inhaltliche Arbeit seitens des Sachausschusses für die GKS dürfte somit sicher sein. Wer zukünftig Interesse daran hat, sich thematisch einzubringen, kann sich bei dem neuen Führungsduo melden. Kontaktdetails gibt es auf der Homepage der GKS.

## MELDUNGEN AUS DEM VERBAND

## „FOLLOW US on Instagram“ – Das gilt nun auch für die GKS

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten erweitert ihren Medienauftritt. Aktuelle Nachrichten von, mit und über die GKS finden Sie ab sofort neben dem Internetauftritt, dem AUFTRAG oder Facebook nun auch auf Instagram. Unter dem Namen „katholischsoldaten“ und dem Hashtag #katholischsoldaten können nun unsere Mitglieder\*innen und Freund\*innen laufend Neuigkeiten über Veranstaltungen, Themen und Ereignisse wie die Themenwochenenden oder die Tage der Begegnung erfahren.

## Was für Vorteile verspricht sich die GKS von dem erweiterten Social-Media-Auftritt?

Wir hoffen, so noch schneller und detaillierter über unser Vereinsleben berichten zu können. Und gerade in diesen Zeiten zeigt sich, dass große Präsenzveranstaltungen nicht möglich sind, der Bundesvorstand, die Bereiche und die Sachausschüsse dennoch voller Elan weiterarbeiten und für eine Post-Pandemie-Zeit Vorbereitungen treffen. Über den Instagram-Account berichten wir aber auch live über die laufenden Webinare wie zuletzt das Webinar mit Generalmajor Blotz zum Thema Europaarmee. So können wir trotz Corona und Kontaktbeschränkungen zumindest inhaltlich arbeiten und zeigen, dass wir da sind – und das in Echtzeit. Und Instagram bietet uns als Verein, aber auch unseren Mitglieder\*Innen die Möglichkeit des Netzwerkens. Wir können nicht nur analog eine Gemeinschaft bilden, sondern auch im Netz. Ein Mehrwert für alle! Bleibt uns nur noch der Aufruf an alle Leser\*innen: **Folgen Sie unserem neuen Account!** Machen Sie Werbung für die GKS!

## IHR FEEDBACK zum Flyer

Telearbeit & mobiles Arbeiten

**Wir bedanken uns für die vielen positiven Rückmeldungen zum Telearbeit-Flyer. Wir haben uns gefreut und möchten an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, Ihnen das Feedback zu präsentieren:**

„Telearbeit ist ein wichtiges Thema unter den Soldatinnen und Soldaten. Durch den Flyer haben Sie einen wichtigen Beitrag zur Orientierung geliefert. Herzlichen Dank dafür!“

Verantwortl. Bereich Luftwaffe

„Gerne stellen wir Ihren Flyer in unserem Bereich zur Verfügung.“

Verantwortl. Bereich Heer

„Als wir mit dem Thema Telearbeit angefangen haben, hätte ich mir nie träumen lassen, dass wir plötzlich so aktuell werden würden“

Mitglied SachA InFü

„Herzlichen Dank für die vielen Fragen, die im Flyer aufgelistet sind. Wir haben uns zusammengesetzt und sind sie als Familie nach und nach durchgegangen. Es hat uns sehr geholfen!“

Anonym



Der Flyer zur Telearbeit von der GKS konzipiert



Fotos: GKS



## Corona – eine Herausforderung, die uns erhalten bleibt und mit der wir umgehen

Derzeit versuchen die gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam einen verantwortlichen und dauerhaft erfolgversprechenden Weg aus der Starre, die die Corona-Pandemie über unser Land gelegt hat, zu finden. Dies soll mit der Strategie: „Impfen – Testen – Verantwortung tragen“ gelingen. Der Bundesvorstand verfolgt aufmerksam die Lockerungs-bemühungen und Regelanpassungen. Derzeit wird intensiv an einem Konzept gearbeitet, mit dem möglichst zeitnah GKS-Präsenzveranstaltungen und auch Themenwochenenden möglich sind. Die aktuelle Situation erfahren Sie von Ihrem/Ihrer Kreisvorsitzenden oder auf unserer Homepage: <https://gemeinschaft-katholischer-soldaten.de/>

### Bundeskonferenz 2021

Hätte die nicht schon stattfinden müssen?

Jedes Jahr treffen sich Vertreter\*innen der GKS aus allen Bereichen und von allen Ebenen im Rahmen der „Bundeskonferenz“, um über wichtige Fragen der GKS, ihre inhaltliche Ausrichtung, die Arbeit auf allen Ebenen, Chancen und Risiken zu beraten und Entscheidungen für den Verband zu treffen. Gewöhnlicherweise findet die Bundeskonferenz im Rahmen der „Tage der Begegnung“ statt. Diese Konferenz ist das Großereignis des organisierten Laienapostolats in der Kirche unter Soldat\*innen und sie sind der Austauschort aller organisierten Laien untereinander und mit dem Militärbischof und dem Militärgeneralvikar. Gewöhnlicherweise findet diese Konferenz im 1. Quartal des Jahres statt. Doch so viel zum Gewöhnlichen, denn unter den derzeitigen Coronabedingungen ist nichts gewöhnlich.

Im Januar musste die Entscheidung gefällt werden, dass die „Tage der Begegnung“ als Präsenzveranstaltung mit ungefähr 100 Personen nicht stattfinden können. Wenn es unmöglich ist, persönlich zusammenzukommen, so ist es doch möglich, über die digitalen Medien Kontakt miteinander zu halten, sich zu beraten und Dinge zu entscheiden. Diese Erfahrungen haben wir im letzten Jahr auf vielfache Weise und auf allen Ebenen gemacht. **Warum also nicht eine digitale Bundeskonferenz organisieren? Gesagt, getan.**

**Der Bundesvorstand organisiert derzeit die erste, digitale Bundeskonferenz**, die vom Freitag, den 7. Mai (ab dem späten Nachmittag) bis zum 8. Mai 2021 stattfinden wird. Auch die Wahlen zum/zur Bundesvorsitzenden und den beiden Stellvertretenden werden im Rahmen dieser Bundeskonferenz durchgeführt. Wir hoffen, dass es uns gelingt, eine Bundeskonferenz auf die Beine zu stellen, die unsere drei B's – **Begegnung, Bildung und Besinnung** auch unter digitalen Bedingungen lebendig werden lassen. Im nächsten AUFTRAG werden wir berichten und ganz aktuell auf unserer Homepage, über Facebook und Instagram.

## MELDUNGEN AUS DEM VERBAND

### Das Eurocorps

Keimzelle für eine Europaarmee?

Im Februar gingen 78 Teilnehmende gemeinsam mit Generalmajor Josef Blotz dieser Frage in einem GKS-online-Seminar nach. Josef Blotz ist seit 2019 Stellvertretender Kommandierender General des multinationalen Eurocorps in Straßburg und ließ uns an seinem Wissen und seiner Erfahrung auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit in Europa teilhaben. Nachdem er uns das Eurocorps vorgestellt hatte, näherte er sich anhand verschiedener Fragen den Chancen und Risiken, die eine Europäische Armee mit sich brächte, aber auch den notwendigen Voraussetzungen und den Grundlagen, die von den verschiedenen europäischen Staaten hierzu geschaffen werden müssten. Josef Blotz, der viele Jahre den Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ geleitet hat, wäre nicht der, den wir kennen und schätzen, wenn er uns nicht auch zu grundsätzlichen Fragen führen würde: Wer sollte in dieser Europäischen Armee mitmachen dürfen und was heißt in diesem Zusammenhang „Europa“? Wären das nur Staaten innerhalb der Europäischen Union? Oder wären das Staaten, die geografisch zu Europa zählen? Wie wäre das Verhältnis einer Europäischen Armee zur Nato? Welche Art zu Führen wäre in dieser Europäischen Armee die richtige? Wie wären nationale Einwirkungsmöglichkeiten möglich und wo wären sie militärisch sinnvoll? – Diese und viele weitere Fragen thematisierte der Referent und zeigte mögliche Aspekte, die bei der Beantwortung dieser Fragen zu beachten wären. Die anschließende Diskussion war angeregt und vielseitig, auch weil sie durch die Teilnahme französischer und österreichischer Soldaten ein Stück weit europäisch geführt werden konnte. Vertieft in dieses wichtige, für viele so verlockende und doch bei genauer Betrachtung nicht einfache Thema, verging die Zeit wie im Flug und aus geplanten 90 Minuten wurden 120 Minuten. Zum Abschied stand das klare Bekenntnis: Darüber sollten wir weitersprechen! Und für diejenigen, die jetzt bezüglich der GKS-Online-Seminare neugierig geworden sind: **Jeden Monat bieten wir ein solches Seminar an. Wann genau und zu welchem Thema kann auf unserer Homepage nachgeschaut werden:** <https://gemeinschaft-katholischer-soldaten.de/> und in diesem AUFTRAG auf Seite 2. Sie sind herzlich willkommen!

Autor: Regina Bornike



Foto: KS/Halina Wegrynowicz

### Nachruf

#### Zum Tod von General a. D. Karl-Heinz Lather

Am 15. Februar 2021 erreichte uns die traurige Nachricht, dass unser Mitglied General a. D. Karl-Heinz Lather am 13. Februar 2021 nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist. General Lather hat die Arbeit unserer Gemeinschaft über viele Jahre aktiv und mit Freude begleitet. Trotz seiner hohen dienstlichen Belastung stand er, wo möglich, als Ratgeber zur Verfügung und brachte dabei die Sicht des christlichen Soldaten und Vorgesetzten mit ein. In den Jahren 2001 bis 2005 übernahm er mit großem Engagement die Aufgabe des Schirmherrn der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“. Aus tiefer Überzeugung war es ihm wichtig, das Thema Innere Führung immer wieder in den Fokus zu rücken. Eine Herzensangelegenheit war es ihm, insbesondere jüngere Soldatinnen und Soldaten anzusprechen und für eine Teilnahme an der GKS-Akademie zu gewinnen. Durch seine dienstlichen Verwendungen war ihm auch das Thema Multinationalität wichtig. Hierbei nutzte er seine internationalen Kontakte, um für das christliche Menschenbild auch bezogen auf die/den Soldatin/Soldaten und in sämtlichen Fragen des Führens zu werben. Über die GKS hinaus brachte sich General Lather in unterschiedlichen Funktionen innerhalb der Katholischen Kirche

Text: Stabshauptmann Andreas Quirin  
Bundesvorsitzender der GKS

## „Für seine Verdienste wurde General Lather 2005 mit dem Großen Kreuz der GKS ausge- zeichnet“

Deutschlands ein. So vertrat er die Militärseelsorge in den Jahren 2001 bis 2009 im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Seine große Reputation in der Laienorganisation der Katholischen Kirche zeigt sich auch darin, dass er nach dem Ende seiner Dienstzeit bis zum Jahr 2015 weiterhin als gewählte Einzelpersonlichkeit dem ZdK angehörte und in den Jahren 2009 bis 2013 in den Hauptausschuss gewählt wurde. In der deutschen Kommission „Justitia et Pax“ vertrat er die GKS von 2005 bis 2009. Für seine Verdienste um die Gemeinschaft Katholischer Soldaten wurde General Lather im November 2005 vom damaligen Bundesvorsitzenden Oberstleutnant Paul Brochhagen mit dem Großen Kreuz der GKS ausgezeichnet. Auch über seine aktive Dienstzeit hinaus war General Lather mit der GKS verbunden. So nahm er weiterhin an Veranstaltungen teil, war interessiert an den Themen der GKS und am Verbandsleben und brachte sich mit Ratschlägen und Beiträgen ein.

**Wir werden General Lather ein ehrendes Andenken bewahren und bitten unseren Herren und Gott, ihm den ewigen Frieden zu schenken. ■**



# ZEHN

## humanitäre Krisen, die 2020 keine Schlagzeilen machten

Von Burundi über Guatemala bis nach Sambia: Wir hören kaum etwas von den Menschen, die in den zehn Ländern leben, von denen der CARE-Bericht erzählt. Und wenn wir etwas von ihnen lesen, dann sind es Geschichten über ihre Not.

**Aber hinter den Zahlen stehen Frauen, Männer und Kinder, die sich nicht unterkriegen lassen.**

Auch in seiner fünften Ausgabe beleuchtet *Silence* diejenigen humanitären Krisen, über die weltweit am wenigsten berichtet wird. Die Stimmen von Millionen Menschen in diesen zehn Ländern bleiben international weitgehend ungehört. Alle zehn Krisen erhielten 26 Mal weniger Aufmerksamkeit in Form von Online-Nachrichtenartikeln als die Veröffentlichung der PlayStation 5.

„Die Menschen in den zehn Ländern erhielten 26 Mal weniger Aufmerksamkeit als die Veröffentlichung der PlayStation 5.“

### 2 Guatemala Hungersnot und COVID-19

Seit 2020 hissen Tausende von Guatemalteken im Land weiße Fahnen aus ihren Fenstern, um zu zeigen, dass sie Hunger leiden. Für die 10 Millionen Menschen im Land, die unterhalb der Armutsgrenze leben, hat COVID-19 die Nahrungsmittelkrise noch verschlimmert.

### 3 Zentralafrikanische Republik Von der Welt vergessen

In den letzten fünf Jahren gab es noch nie so viele Zentralafrikaner in humanitärer Not wie heute. Die UN warnen, dass im Jahr 2021 mehr als die Hälfte der Bevölkerung humanitäre Hilfe und Schutz benötigt.

### 1 Burundi Katastrophen und knappes Land

Als ressourcenarmes Land mit einem unterentwickelten Fertigungssektor ist Burundis Wirtschaft überwiegend landwirtschaftlich geprägt. Über 90 Prozent der Bevölkerung sind von der kleinbäuerlichen Subsistenzlandwirtschaft abhängig.

### 8 Mali Gewalt und COVID-19

Gewalt, Naturkatastrophen und weitverbreitete Armut haben dazu geführt, dass in Mali eine Rekordzahl von 13,4 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe benötigt. Rund 7,4 Millionen von ihnen droht der Hungertod, über 1,6 Millionen wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Durch die Pandemie hat sich die humanitäre Lage noch weiter zugespitzt.

### 4 Ukraine Ältere Menschen auf sich allein gestellt

Die Pandemie hat die Herausforderungen für die betroffene Bevölkerung entlang der ‚Kontaktlinie‘, die das von der ukrainischen Regierung kontrollierte Land von den von Separatisten verwalteten Gebieten trennt, nur noch vergrößert. Trotz Waffenstillstandsvereinbarungen wird die Wasser- und Stromversorgung häufig beschädigt. Die mehr als 420 Kilometer lange ‚Kontaktlinie‘ ist eines der am stärksten mit Minen verseuchten Gebiete der Welt.

### 7 Pakistan Gewalt, Armut und Naturkatastrophen

Im Jahr 2020 kämpfte das Land gegen COVID-19, eine Heuschreckenplage und ein noch nie dagewesenes Ausmaß an Überschwemmungen in den Städten. Zum ersten Mal seit sechs Jahren war die Regierung gezwungen, Weizen zu importieren.

### 9 Papua-Neuguinea Den Widrigkeiten trotzen

Der Inselstaat wird von Vulkanausbrüchen, Erdbeben und Tsunamis heimgesucht. Im Jahr 2020 waren seine Einwohner zusätzlich zu den Folgen der globalen Pandemie mit Überschwemmungen, Erdbeben und kleineren Erdbeben konfrontiert. Wegen des rauen Territoriums, das den Ausbau einer Infrastruktur und damit den Transport erschwert, hat das Land bis heute mit Entwicklungsdefiziten zu kämpfen.

### 10 Sambia Extremwetter verursacht Hunger

Gleichzeitig gehört Sambia aber auch zu den Ländern weltweit, welche die Hauptlast der globalen Klimakrise tragen. Insgesamt 10,1 Millionen Menschen, das sind etwa 56 Prozent der sambischen Bevölkerung, benötigen aufgrund von Dürren und Überschwemmungen humanitäre Hilfe.

### 6 Malawi Mehr Selbstmorde und Frühehen

In dem kleinen Land im südlichen Afrika wächst die Besorgnis über die steigende Zahl der Suizide. Naturkatastrophen, Schädlingsbefall, extreme Armut und COVID-19 setzen die Bevölkerung unter Druck. Nach Berichten der malawischen Polizei ist die Selbstmordrate im Jahr 2020 stark angestiegen (um 57 Prozent).

### 5 Madagaskar An vorderster Front der Klimakrise

Jedes Jahr sind Tausende Menschen von Naturkatastrophen und Missernten betroffen, doch über ihre Situation wird in den internationalen Medien nur selten berichtet. Drei Viertel der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.

Den vollständigen CARE-Bericht können Sie auf <https://www.care.de> lesen!







Foto: Bernd F. Schaller

## Das WORT des geistlichen Beirats

**Wir haben die Wahl!** – Feststellung, Tatsache oder These? Es wird sich für alles etwas finden.

Menschen in Irland, Leipzig, Hamburg, Israel, Polen, Syrien, Weißrussland, USA, Ägypten und Myanmar hatten im vergangenen Jahr die Wahl. Hatten sie wirklich die Wahl in Syrien, Weißrussland, Ägypten und Myanmar? Was war sie Wert? Festzustellen bleibt, dass die Wahl vorbei ist. Die Deutsche Bischofskonferenz wählte einen neuen Vorsitzenden, der GKS-Bereich im Süden und die CDU. Die Ergebnisse stehen fest. Männer und Frauen hatten die Wahl. Die Würfel sind gefallen. Und jetzt?

Wir haben die Wahl!: in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen, für den Deutschen Bundestag. Auch wir als Gemeinschaft Katholischer Soldaten haben die Wahl, für Bundesvorsitzende(n) und seine/ihre Stellvertreter\*innen. Feststellung und Tatsache.

Aber auch außerhalb von Länder-, Kirchen-, Partei- oder Verbandspolitik gilt: Wir haben die Wahl! Oft täglich: Stehe ich auf oder bleibe ich liegen? Treibe ich Sport oder wähle ich die Couch? Nehme ich ein Buch zur Hand oder gewinnt der PC? Es geht auch existentieller: Erlerne ich einen Beruf oder studiere ich? Bleibe ich allein oder wähle ich eine(n) Partner\*in? Engagiere ich mich für andere oder pflege ich lieber mein Ego? Entscheide ich mich für ein Leben aus dem Glauben oder geht es auch ohne Gott?

Wir haben die Wahl! mündet zwangsläufig in die unausweichliche Gewissheit: **Wir müssen uns entscheiden! Wenn wir vor einer Wahl stehen, dann bieten sich uns mindestens zwei Möglichkeiten an, die wir abwägen, prüfen, hinterfragen können. Unabhängig davon, wie lange dieser Prozess dauert, am Ende ist eines unausweichlich: die Entscheidung für eines von beiden, die zugleich auch eine Entscheidung gegen etwas ist.**

Manchmal gibt es die Möglichkeit, eine Entscheidung zu revidieren, das eine gegen das andere zu ersetzen, aber die Tatsache bleibt, dass immer etwas übrig und auf der Strecke bleibt. Die Wahl beschreibt folglich den Umstand, nicht von vornherein festgelegt zu sein, eine Vielfalt vorgelegt zu bekommen, ein Angebot zu haben, und erweckt bei manchen auch den Eindruck, Wahl wäre für sie etwas Passives, was einen letztlich nicht betrifft. Nicht selten folgt daraus der Versuch, sich vor der Wahl zu drücken, der Entscheidung zu entkommen. Klar ist aber die Tatsache, dass man es bei einer Entscheidung immer zwingend mit etwas Aktivem, Bewegendem zu tun hat. Meine Entscheidung hat Konsequenzen, auch wenn mir das nicht immer so bewusst ist. Umso wichtiger ist das, was ich meiner Entscheidung zugrunde lege. Was leitet mich bei meiner Entscheidung? Nicht bei allen Entscheidungen ist mein Bauchgefühl der richtige Ratgeber. Manchmal mögen Lebenserfahrung oder der gesunde Menschenverstand behilflich sein. Aber ist das ausreichend?



Foto: Doreen Bierdel

**Militärdekan Bernd F. Schaller**  
Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene

## „Prüft alles und behaltet das Gute!“

Wenn ich mir darüber im Klaren bin, dass die Entscheidung immer bei mir liegt, sie mir von nichts und niemandem abgenommen werden kann, dann werde ich auch erkennen, wie wichtig es ist, woraus ich lebe, was mir Halt gibt, mich trägt, was mir etwas wert ist, ja – aus welchen Werten ich meine Kraft und meinen Halt ziehe. An den entscheidenden Weggabelungen meines Lebens wird sich zeigen, ob ich ein Entscheidungsträger im wahrsten Sinne des Wortes bin, einer, der aus einer fundierten Werteordnung seine Orientierung bezieht, daraus sein Leben gestaltet und so seine Entscheidungen trifft, oder ob ich haltlos durch das Auf und Ab des Lebens stolpere, nicht getragen, sondern getrieben werde. Nur wer nicht plan-, rat- und hilflos seine Entscheidungen trifft, der kann guten Gewissens die Verantwortung für das übernehmen, wozu er sich entschieden hat.

Wir haben die Wahl! – und die Entscheidung. Wir Menschen haben die Wahl und die Entscheidungsfreiheit. Wir können, dürfen und müssen sie als vernunftbegabte Wesen nutzen. Das ist nicht immer leicht. Diese Erfahrungen haben auch Glaubensgrößen wie der Heilige Paulus machen müssen. Dennoch kommt er auf der Erfahrung seines Gottesglaubens in seinem ersten Brief an die Thessalonicher zu der Erkenntnis und dem Hinweis, der auch heute bei all unseren Entscheidungen gilt: „Prüft alles und behaltet das Gute!“ (1 Thess 5, 21) ■



# Wir haben die Wahl!

2021 wird zum Superwahljahr: Gleich sechs Bundesländer wählen ihre Landesparlamente und im September steht die Bundestagswahl an. Die Pandemie erschwert die Planung. Thüring hat bereits seine Landtagswahl auf September verschoben. Mit FOCUS Online behalten Sie den Überblick zu allen wichtigen Terminen.

# 2021– Das Dauer- wahljahr





Wahlen in Zeiten von COVID-19

Dr. Georg Thiel wurde am 16. Oktober 2017 zum Präsidenten des Statistischen Bundesamtes berufen und zum Bundeswahlleiter ernannt. Mit dem Amt des Bundeswahlleiters wird nach ständiger Staatspraxis der Präsident des Statistischen Bundesamtes betraut. Der Bundeswahlleiter ist als unabhängiges Wahlorgan für die Durchführung von Bundestags- und Europawahlen verantwortlich.

## **„Sichere Wahlen unter Pandemiebedingungen sind möglich“**

**Abstand halten, statt Klinken putzen. Wie sieht der Wahlkampf in Zeiten der Pandemie aus? Ein Gespräch über Möglichkeiten mit dem Bundeswahlleiter Dr. Georg Thiel.**

**Dr. Thiel, sind die Wahllokale auf den Urnengang in Pandemiezeiten vorbereitet?**

Ja, dazu stimmen wir uns regelmäßig ab. Die Wahlorganisation vor Ort übernehmen die Gemeinden. Zwar lässt sich die weitere Entwicklung der Pandemie nicht prognostizieren. Ich gehe aber davon aus, dass auch am Wahltag noch Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden müssen. Dazu müssen zum Beispiel ausreichend große Wahlräume zur Verfügung stehen. Bei der Bundestagswahl haben wir den Vorteil, dass wir bereits wichtige Erfahrungen bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen gesammelt haben werden. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt: Sichere Wahlen unter Pandemiebedingungen sind möglich.

**Müssen die Wählerinnen und Wähler neben Mundschutz und Ausweis nun auch einen eigenen Stift mitbringen?**

Alle an der Organisation der Bundestagswahl Beteiligten beobachten die Entwicklung sehr genau, um rechtzeitig Vorbereitungen treffen zu können. Sofern erforderlich, werden für Wahllokale konsequente Hygienevorschriften gelten. Eventuell kann es da auch sinnvoll sein, dass die Wählerinnen und Wähler ihren eigenen Stift für die Stimmabgabe mitbringen.

**Was passiert, wenn eine Wählerin wegen ihres Mundschutzes nicht eindeutig identifizierbar ist? Wenn das Foto auf dem Ausweis von der aktuellen Haarfarbe und Frisur abweicht?**

In einem solchen Fall könnte es notwendig sein, dass die Wählerin ihre Maske kurz herunterzieht. Das halte ich auch für zumutbar. Es gelten ja die übrigen Hygieneregeln – also insbesondere das Abstandsgebot – weiter. Hierzu werden wir den Wahlvorständen zu gegebener Zeit Hinweise geben.

**Rechnen Sie eigentlich mit erhöhter Briefwahl als Option der Teilnahme an den Wahlen?**

Bei den letzten Bundestags- und Europawahlen ist die Briefwahlquote stets gestiegen und ich rechne für die Bundestagswahl 2021 mit einem weiteren Anstieg. In Zeiten einer Pandemie ist die Briefwahl ein wichtiger Baustein. So kann eine hohe Wahlbeteiligung sichergestellt werden. Diese ist für unsere Demokratie immer erstrebenswert.

**„Das Bundesverfassungsgericht sieht die Urnenwahl als Leitbild“**

**Und was spricht gegen die Briefwahl als einzige Option in Pandemiezeiten?**

Um die Wahl im Extremfall als reine Briefwahl durchführen zu können, müsste das Bundeswahlgesetz geändert werden. Das muss der Gesetzgeber entscheiden. Sachsen-Anhalt hat kürzlich das Landeswahlrecht geändert: Hier könnte die Landtagswahl abschließend als Briefwahl durchgeführt

werden. Für die Bundestagswahl ist derzeit aus meiner Sicht allerdings nicht davon auszugehen, dass eine solche Option nötig sein wird. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass das Bundesverfassungsgericht die Urnenwahl als Leitbild sieht.

**Die Briefwahlumschläge werden am Wahltag erst nach 18 Uhr geöffnet. Die Auszählung ist sehr zeitintensiv. Sind Sie personell gut aufgestellt? Welche Auswirkung hat die Briefwahlauszählung auf den Wahlabend im TV?**

Alle Wahlorgane werden bemüht sein, das vorläufige Wahlergebnis so schnell wie möglich zu ermitteln, ohne dabei Abstriche bei der Sorgfalt zu machen. Bei den letzten Bundestagswahlen ist uns das immer gelungen. Das Ergebnis konnte daher spätestens in den frühen Morgenstunden der Wahlnacht veröffentlicht werden. Damit rechnen wir auch bei der Bundestagswahl 2021.

**Welche Möglichkeiten der Teilnahme an den Wahlen haben die Wählerinnen und Wähler darüber hinaus?**

Wer einen Briefwahlantrag stellt und die Unterlagen persönlich beim Wahlamt abholt, kann den Stimmzettel schon vor dem Wahltag vor Ort ausfüllen und die Briefwahlunterlagen dort in eine Wahlurne werfen.

**Eine Bundestagswahl ist ein großes Ereignis. Wo werden Sie am 26. September 2021 sein?**

Für die Ermittlung des vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses und seine Bekanntgabe halten mein Team und ich uns am Wahlwochenende in Berlin auf, und zwar direkt im Reichstagsgebäude. ■

Das Gespräch führte Nadin Schley im Auftrag der GKS



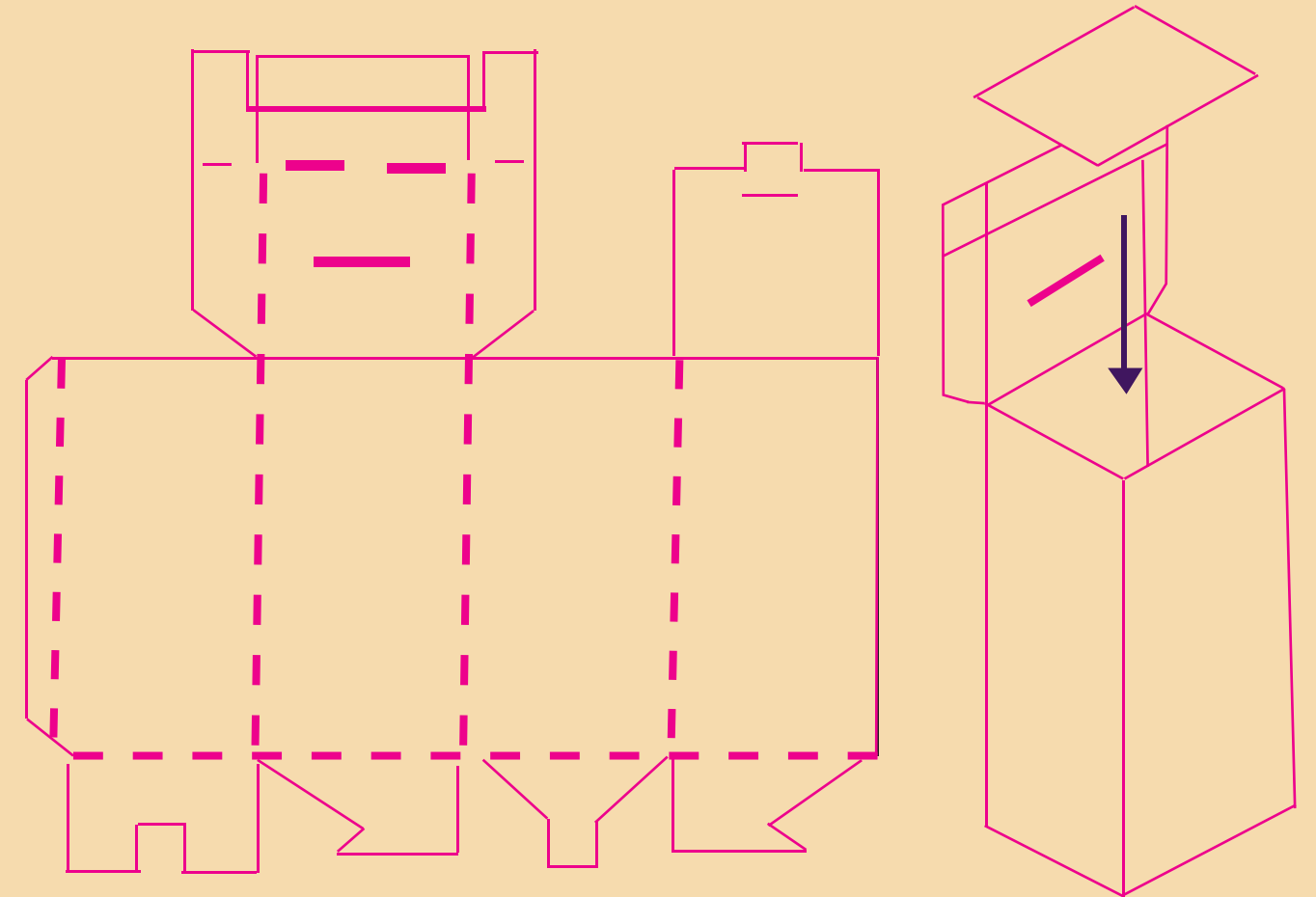
# Kleine Geschichte über die Wahlurne

**D**ie meiste Zeit ihres Daseins steht die Wahlurne in einem Abstellraum, Keller oder auf dem Dachboden einer Institution. Sie wartet dort geduldig auf ihren Dienst an der Menschheit. Sobald die Zeit gekommen ist, wird sie gesäubert und gut sichtbar platziert – meistens in der Mitte eines Wahllokals – und dann wartet sie wieder auf ihren Einsatz, sie wartet darauf, gefüllt zu werden. Jede/r kennt sie, denn sie hat die wichtigste Aufgabe am Tag einer Wahl, wenn sie die Wahl- bzw. Stimmzettel der Wählerinnen und Wähler verwahrt. Dann ist sie wirklich von Bedeutung. Die stolze Wahlurne, das zentrale Objekt einer jeden Demokratie.

Diese Wahlurne kam bei der Landtagswahl am 20. April 1947 im nordrhein-westfälischen Bergisch Gladbach zum Einsatz.



Fotos: Stiftung Haus der Geschichte/ Thünker/Schaarschmidt  
Illustration: N. Schley



Do it yourself: Anleitung für den Bau einer Wahlurne aus Pappe  
Illustration: N. Schley

Was wäre also eine Wahl ohne Wahlurne? In jedem Fall nicht geheim. Das lateinische Wort „Urna“ bedeutet Krug oder Topf. Schon aus der Antike ist die Verwendung der Urne als Lostopf und Wahlgefäß belegt. Eingefüllt wurden außerdem Wein, Olivenöl oder Getreide, aber auch die Asche der Toten. Wahlurnen haben eine lange Tradition, etwa bei der Papstwahl, wo es gleich drei verschiedene Wahlurnen gibt, in Freimaurerlogen und auch in der Politik.

## Die Wahlurne – Inbegriff einer freien und geheimen Wahl

Wahlurnen sind zwar bisweilen auch manipuliert, vertauscht und gestohlen worden. Aber zu Recht sind sie zum Inbegriff einer freien und geheimen Wahl geworden. Häufig wird daher das Geschehen vor und an einem Abstim-

mungs- oder Wahltag als „Urnengang“ bezeichnet. Mit der immer häufiger werdenden Briefwahl und der kommenden digitalen Abstimmung wird die Wahlurne zu einem Museumsstück werden. Umso wichtiger wird es sein, das freie und geheime Wahlrecht auch für die Zukunft als demokratisches Grundrecht mit aller Kraft zu verteidigen.

Diese Wahlurne aus Messing stammt aus dem 1. Deutschen Bundestag. Sie ist mit den elf Wappen der bundesrepublikanischen Länder und Berlins verziert. Sie hat einen abnehmbaren Deckel, der an der Oberseite einen Schlitz zum Einwerfen der Stimmzettel hat. Die Urne wurde 1949 zur Wahl des ersten Bundespräsidenten und Bundeskanzlers verwendet.





Wahlforschung

# Wählen Frauen anders als Männer?

Von: Gesine Fuchs

In einer repräsentativen Demokratie entscheiden Parlamentsabgeordnete über öffentliche Angelegenheiten eines Staatswesens. Ihre Wahl ist der einfachste und am weitesten verbreitete Akt politischer Partizipation für Staatsbürgerinnen und -bürger. Ohne allgemeines, freies und gleiches Wahlrecht keine Demokratie: **Frauenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert forderten darum auch das Frauenwahlrecht.**

Zwischen den verschiedenen Strömungen der Frauenbewegungen, insbesondere zwischen bürgerlichen und proletarischen Organisationen, war durchaus umstritten, ob das Frauenwahlrecht zu gleichen Bedingungen wie für die Männer zu fordern sei oder ob gleich das allgemeine, freie und gleiche Wahlrecht für beide Geschlechter verlangt werden sollte. Die historische Forschung zu Europa zeigt, dass die Erkämpfung des Frauenwahlrechts das Ergebnis vielfältiger Strategien und Ressourcen war. Internationale Vernetzungen waren ebenso wichtig wie strategische Allianzen mit anderen Bewegungen, etwa für nationale Unabhängigkeit oder Demokratisierung des Staatswesens. Große Umwälzungen wie Kriege und Revolutionen, daran anschließende Bestrebungen zur Bewältigung der Folgen und die Suche nach gesellschaftlichem Zusammenhalt waren politische Gelegenheitsfenster. In späteren Jahren sorgten internationale Abkommen wie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) für Druck, das Frauenwahlrecht etwa in der Schweiz und in Liechtenstein einzuführen.

**Es wurde befürchtet, Frauen würden anders wählen und die eigene Partei schwächen**

Das antizipierte Wahlverhalten von Frauen war bei den historischen Debatten um das Frauenwahlrecht seit jeher zentral gewesen. Es wurde vermutet und befürchtet, Frauen würden anders wählen und die jeweils eigene Partei schwächen – und darum wurde das Recht häufig abgelehnt. Instrumentelle Überlegungen konnten umgekehrt dazu führen, dass politische Kräfte das Frauenwahlrecht unterstützten, weil Frauen für politische Stabilität oder ethnonationale Mehrheiten in neuen Demokratien sorgen sollten. Dies ging einher mit Mut-

maßungen über die politische Reife, intellektuelle Fähigkeiten oder die „Gefühlsbetontheit“ künftiger Wählerinnen. Wie kann man nach 100 Jahren Frauenwahlrecht in Deutschland die Frage nach der „Frauenwahl“ beantworten? Welche Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Geschlechtern gab und gibt es? Wie lassen sich Unterschiede erklären? Und inwiefern trägt die Wahlbeteiligung von Frauen zu ihrer politischen Integration bei?

Bis etwa 1980 ließ sich in westlichen Industriegesellschaften ein traditioneller Gendergap beobachten: Frauen wählten christdemokratischer beziehungsweise konservativer und partizipierten weniger an Politik als Männer. Erklärt wurde dies mit stärkeren religiösen Bindungen von Frauen und ihrer sozioökonomischen Lage, etwa einer niedrigen Erwerbsquote. In den 1980er-Jahren ging die Zahl der Geschlechterunterschiede zurück und je nach Land wählten Frauen nun linker oder rechter, während gleichzeitig traditionelle Parteibindungen lockerer wurden und klassische Konfliktlinien aufweichten. Seitdem ist tendenziell eine moderne Geschlechterlücke zu konstatieren: Nun wählen Frauen eher links beziehungsweise „wohlfahrtsstaatlicher“. So unterstützen in den USA Frauen eher die Demokraten als die Republikaner. Auch in Europa hat sich die traditionelle Geschlechterlücke aufgelöst, und für viele Staaten ist die Entwicklung eines modernen Gendergaps zu beobachten. Sowohl sozialstrukturelle Veränderungen wie steigende Erwerbsquoten und Bildungsniveaus bei Frauen als auch ein tiefgreifender Wandel von Werten und Rollenorientierungen spielen dabei eine Rolle. Für die moderne Geschlechterlücke sind dabei die Unterschiede in den Wertorientierungen wichtiger, insbesondere zu postmaterialistischen Einstellungen und Forderungen der Frauenbewegungen.

Die Wahlbeteiligung der Geschlechter hat sich in den vergangenen Jahrzehnten angeglichen. Die größte Lücke gab es 1957 mit 3,3 Prozent zuungunsten der Wählerinnen. Seit 2002 schwankt der Geschlechterunterschied zwischen 0,4 und 0,8 Prozent. Die Wahlbeteiligung nach Alter weist größere Unterschiede auf: Die Beteiligungsraten steigen bis etwa 70 Jahre an und gehen dann zurück.

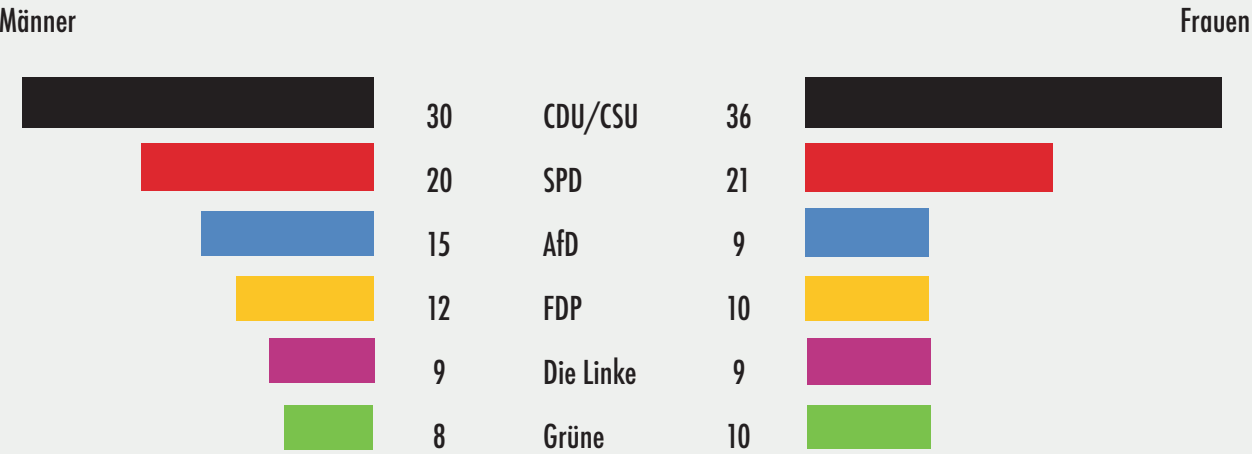
Bei der Bundestagswahl 2017 gingen 67 Prozent der 21- bis 24-Jährigen, aber 81 Prozent der 60- bis 69-Jährigen wählen

Insgesamt sind die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern also klein, und zwar kleiner als die Unterschiede beim deklarierten politischen Interesse. Die feministische Forschung hat wiederholt vermutet, dass die Frage nach dem „politischen Interesse“ nur das Interesse an institutionalisierter „offizieller“, also männlich definierter Politik messe und deswegen Frauen hierbei stets niedrigere Werte aufwiesen als Männer. Die Politikwissenschaftlerin Bettina Westle hat diese Einwände mittels Umfragedaten intensiv untersucht. Sie fand, dass deklariertes politisches Interesse mit tatsächlicher politischer Partizipation verknüpft ist, und zwar in gleich starkem Maße sowohl mit Wahlen und Parteiarbeit als auch mit zivilgesellschaftlicher Initiative oder Protestbeteiligung, also mit sogenannten konventionellen und unkonventionellen Formen. Einen Teil des niedrigeren Partizipationsniveaus von Frauen konnte sie auf ihre geringere Ressourcen zurückführen. Doch zeigen Frauen auch bei gleichem soziodemografischen Hintergrund hinsichtlich ihres Partizipationsniveaus, ihres politischen Interesses, ihrer subjektiven Kompetenz und der Einschätzung ihrer Einflussmöglichkeiten geringere Werte. Wir treffen hierbei auf ein immer wieder zu beobachtendes Muster: Unterschiede in der politischen Partizipation sind nach Geschlecht häufig geringer als nach anderen sozialen Merkmalen ausgeprägt, doch bleiben die Geschlechtsunterschiede auch bestehen, wenn andere Eigenschaften konstant sind.

Zwischen den Geschlechtern gab es nur geringe Unterschiede: Die Wahlbeteiligung betrug 76 Prozent bei den Frauen und 76,3 Prozent bei den Männern. Im Vergleich zu früheren Wahlen gleicht sich die Wahlbeteiligung der Frauen immer stärker jener der Männer an. Dies bestätigt auch der direkte Vergleich zur Bundestagswahl 2013: Die Wahlbeteiligung der Frauen lag 2017 um 4,8 Prozentpunkte höher als 2013, die der Männer um + 4,5 Prozentpunkte.

Grafiken: M. Schley

## Bundestagswahl 2017 Wahlverhalten nach Geschlecht



in %



Internalisierte Geschlechterrollenorientierungen können die Ursache für diesen „primär substanziellen Gendergap“ sein, und eine ausgewogenere politische Beteiligung ist daher auch Ergebnis eines veränderten gesellschaftlichen Kontextes.

Welche Parteien wählen Frauen und Männer?

Für einige Reichstagswahlen in der Weimarer Republik liegen geschlechtsspezifische Statistiken für einige, nicht unbedingt repräsentativ ausgewählte, Regionen vor. Sie zeigen, dass Frauen vor allem christliche, konservative sowie völkische Parteien wählten und weitaus seltener KPD und SPD unterstützten. Auch gesichert ist die Tatsache, dass Frauen die NS-DAP erst spät, das heißt ab 1931 stärker unterstützten, während die Partei vorher vor allem von Männern gewählt wurde. Frauen haben Hitler also nicht an die Macht gebracht, wie in früheren Jahren noch verschiedentlich kolportiert wurde. Seit 1953 liegen, mit Ausnahme der Bundestagswahlen 1994 und 1998, sogenannte repräsentative Wahlstatistiken vor, die das Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter abbilden und mit gekennzeichneten Wahlzetteln in ausgewählten Wahlkreisen erhoben werden. Die Abbildung zeigt den sogenannten Tingsten-Index für verschiedene Parteien bei den jeweiligen Bundestagswahlen. Dieser Index ist nach dem schwedischen Politikwissenschaftler Herbert Tingsten benannt und gibt an, ob eine Partei über- oder unterproportional von Frauen und Männern gewählt wird. Die Zahlen zeigen, dass Frauen und Männer zum Teil deutlich unterschiedliche Parteien unterstützten. Zu Beginn ist der bereits genannte traditionelle Gendergap sichtbar, das heißt, Frauen wählen konservativer als Männer. In den 1970er-Jahren wandelt sich dies langsam: Nun ist die Wahlentscheidung für die CDU/CSU bei beiden Geschlechtern in etwa gleich. Linke Parteien werden seitdem stärker als bisher von Frauen unterstützt. Gleichzeitig wandeln sich die Grünen von einer Männerpartei ihrer (radikaleren) Anfangszeit zu einer in den 2000er-Jahren deutlich stärker von Frauen präferierten Partei. Die FDP und DIE LINKE werden über die Zeit hinweg seltener von Frauen gewählt. Ein gender realignment ist also auf spezifische Art zu beobachten: Frauen wählen nicht einfach linker oder „wohlfahrtsstaatlicher“, sondern SPD und Grüne stärker als DIE LINKE. Seit 2009 wird die CDU/CSU wieder deutlich überproportional von Frauen gewählt. Dies könnte man als leichte Tendenz zu einem „Same Gender Voting“ interpretieren, wenn man das Geschlecht von Angela Merkel als Kanzlerin beziehungsweise als Kanzlerkandidatin ausschlaggebend für eine Wahlentscheidung setzt. Für die Bundestagswahlen 2002 und 2005 lassen sich schwache Effekte nachweisen. Frauen, eher jüngere und links eingestellte, haben etwas häufiger mit der Erststimme Kandidatinnen gewählt oder einer Liste mit Spitzenkandidatin die Zweitstimme gegeben.

Schließlich fällt auf, dass die Alternative für Deutschland deutlich weniger von Frauen gewählt wird: 2017 stimmten 9,2 Prozent der Frauen und 12,6 Prozent der Männer für diese Partei. Das ist insofern erstaunlich, als Frauen gleich häufig wie Männer rechtspopulistisch eingestellt sind. In der internationalen Forschung wird vermutet, dass eine weiterhin engere Kirchenbindung von Frauen die Wahl von Rechtspopulisten weniger wahrscheinlich macht und Frauen eher eine soziale Stigmatisierung bei entsprechender Wahlentscheidung fürchten als Männer. Auch könnte ein gewalttätiges und aggressives Image die Wahlbereitschaft für rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien schwächen. Frauen an der Spitze rechter Parteien könnten sie hingegen auch attraktiv für Wählerinnen machen. Dazu passen die Instrumentalisierung und die Verschmelzung von feministischen Forderungen mit rassistischer Programmatik, wenn etwa Migranten für allen Sexismus im Land verantwortlich gemacht werden und dieser auf ihre Religion beziehungsweise Kultur zurückgeführt wird. Dazu wird die deutsche Mehrheitsgesellschaft als gleichberechtigt und freiheitlich kontrastiert.

„Überzeugende Erklärungen für die AfD-Unattraktivität bei Frauen müssten noch gefunden werden“

Eine aktuelle Studie auf Grundlage einer selbstselektiven Online-Befragung zeigt, welche politischen Einstellungen, parteipolitischen Präferenzen und Partizipationsverhalten LGBTIQ\*-Personen in Deutschland und Österreich haben. In Deutschland zeigte sich eine große Präferenz für linke Parteien (29 Prozent Grüne, 23 Prozent Linke, 21 Prozent SPD); bei Trans- und Queer-Personen präferierten gar über 40 Prozent DIE LINKE – eine Partei, die eine ausdifferenzierte Agenda in Bezug auf Transpersonen hat; spezifische, kleinere program-matische Unterschiede können also unter bestimmten Um-ständen zu unterschiedlichen Parteipräferenzen führen.

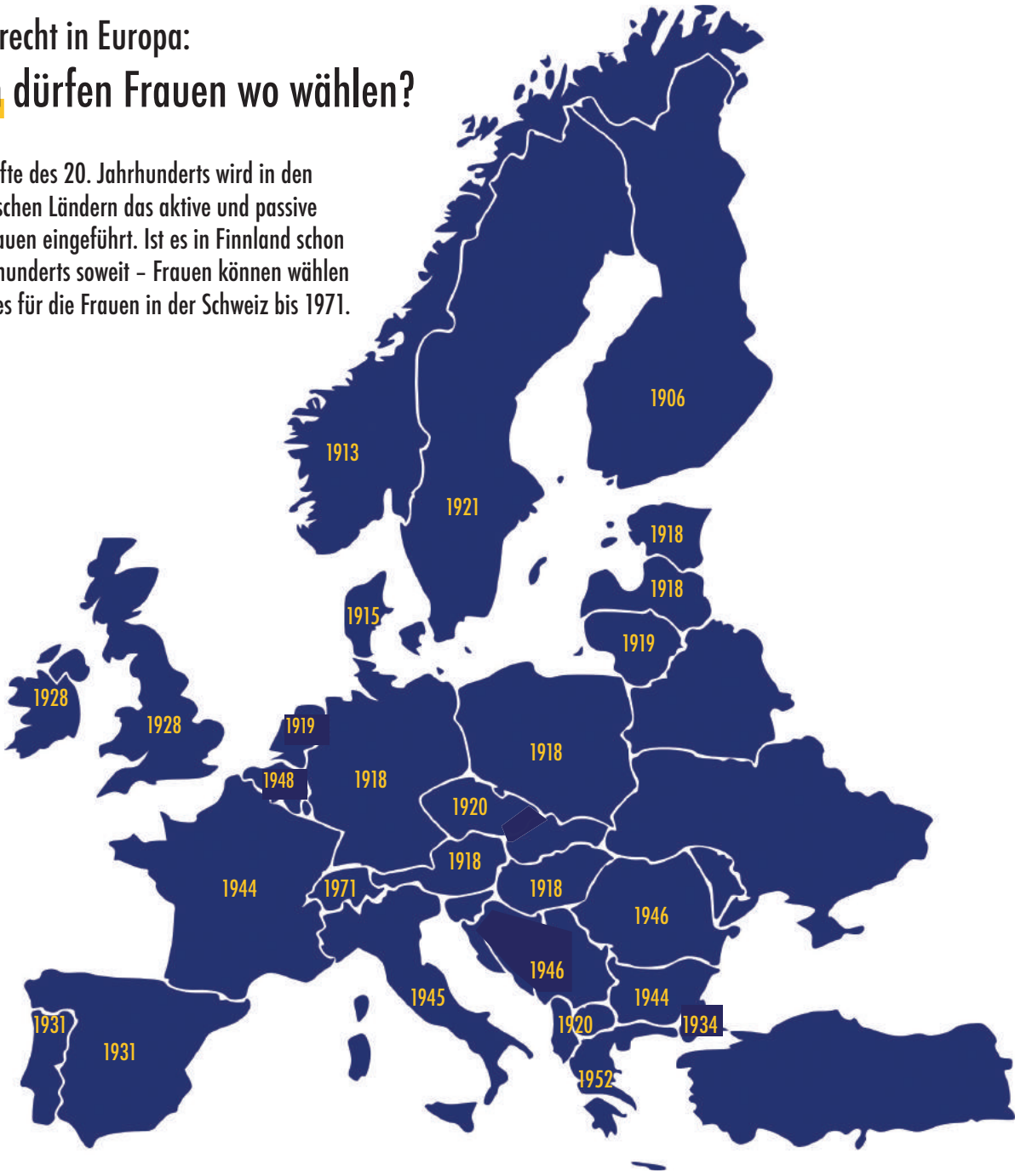
Aktives Wahlrecht nicht nutzen: Die Nichtwähler\*innen

Machen die Deutschen auch Gebrauch von ihrem Wahlrecht? Die Wahlbeteiligung ist allgemein seit den 1970er-Jahren stark rückläufig. Das betrifft Landtags- und Kommunalwahlen, bei denen zum Teil nicht einmal mehr 50 Prozent Beteiligung erreicht werden, aber auch die Bundestagswahlen, bei denen die Beteiligung von gut 90 Prozent im Jahr 1972 auf einen bis-herigen Tiefstand von 71,4 im Jahr 2009 Prozent sank.



Frauenwahlrecht in Europa:  
Seit wann dürfen Frauen wo wählen?

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird in den meisten europäischen Ländern das aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt. Ist es in Finnland schon Anfang des Jahrhunderts soweit – Frauen können wählen gehen – dauert es für die Frauen in der Schweiz bis 1971.



1906	Finnland	1934	Türkei
1913	Norwegen	1944	Frankreich, Bulgarien
1915	Dänemark	1945	Italien
1918	Estland, Deutschland, Österreich, Ungarn, Lettland, Polen	1946	Jugoslawien, Rumänien
1919	Niederlande, Luxemburg, Litauen	1948	Belgien
1920	Tschechoslowakei, Albanien	1952	Griechenland
1921	Schweden	1971	Schweiz
1928	Großbritannien, Irland	1984	Liechtenstein
1931	Spanien, Portugal	1990	Kanton Appenzell Innerrhoden, Schweiz



Seit der Rekordwahlbeteiligung 1972 ist der Anteil der Nichtwähler\*innen in Deutschland stetig gestiegen. **Frauen gehen seltener zur Wahl als Männer, auch in vielen anderen europäischen Ländern.**

Wahlenthaltung kann Systemzufriedenheit und -vertrauen ausdrücken und sinkende Beteiligung eine nachlassende soziale Pflicht zur Wahl bedeuten. Wahlenthaltung ist aber auch ein Legitimitätsproblem für Parlamente und Regierung, vor allem, wenn sie sozial polarisiert ist. Untersuchungen zur Bundestagswahl 2013 zeigen hier Entwicklungen, die Sorge um die Demokratie bereiten: **Je niedriger das Einkommen und das Bildungsniveau auf individueller Ebene und je schwieriger die sozioökonomische Lage am Wohnort, desto niedriger fiel die Wahlbeteiligung aus.** Sie weist also eine „ausgeprägte soziale Determiniertheit“ auf. Eine Studie von 2010, die Umfragen und Gruppendiskussionen kombinierte, bestätigte die „Randständigkeitsthese“, wies aber darauf hin, dass Wahlabsistenz auch in der gesellschaftlichen Mitte verbreitet ist. Die Geschlechterlücke war in dieser Studie sehr klein. Ein Gefühl politischer Wirkungslosigkeit trat zusammen mit einer hohen „Unzufriedenheit mit Protagonisten des politischen Systems“ (fehlende Glaubwürdigkeit, Abgehobenheit) auf. Die Studie empfahl eine intensivere politische Auseinandersetzung mit inhaltlichen Alternativen zwischen den Parteien, partizipativere Kommunikation mit den Wahlberechtigten – die zusammen mit einem flexibleren Wahlrecht wieder zu mehr Beteiligung führen könnten –, und tatsächlich steigt in Zeiten inhaltlicher Polarisierung die Wahlbeteiligung, etwa bei den Landtagswahlen 2016.

#### Geschlecht und Wahlsysteme mit Vorzugsstimmen

Neben politischen Faktoren und gesellschaftlichen Dynamiken sowie historischen Kontexten kann auch die Ausgestaltung von Wahlsystemen Einfluss auf Einstellungen und Engagement in der Politik haben. Möglichkeiten, Personen zu wählen oder diese doppelt aufzuführen, Wahllisten zu verändern und mit Kandidierenden anderer Parteien zu mischen, können auch als Signal eines responsiven und inklusiven politischen Systems gesehen werden. In Deutschland ist dies nur auf Länder- und Kommunalebene möglich. Internationale Studien zeigen, dass solche sogenannten Präferenzstimmensysteme heutzutage häufig Kandidatinnen zum Wahlerfolg verhelfen und es nicht nur von der Parteistärke und den von den Parteien erstellten Wahllisten abhängt, wie viele Frauen es im Parlament gibt.

Eine Studie zur Tschechischen Republik zeigte etwa, dass das System von Präferenzstimmen entscheidend für den Gewinn eines Mandates war und erleichterte Bedingungen für das Aufsteigen auf der Wahlliste verantwortlich für einen Anstieg der Frauenrepräsentation im Parlament waren. 2010 stieg er von 15,5 auf 22,0 Prozent, und die Kandidatinnen konnten ihren Anteil an allen Präferenzstimmen deutlich steigern. Möglicherweise haben zu diesem Erfolg die Diskreditierung

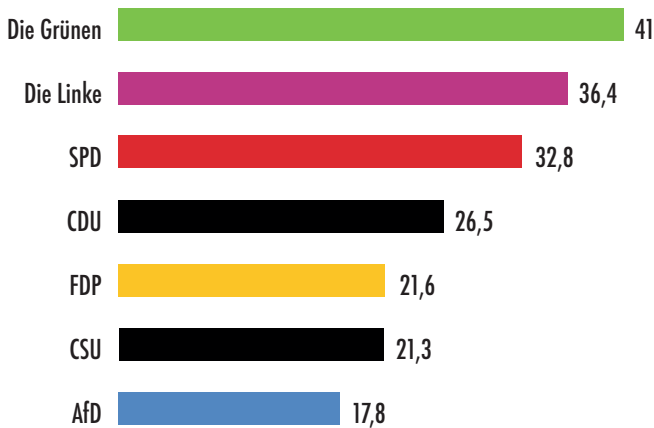
vieler Politiker durch Korruptionsskandale und die Sensibilisierungsaktivitäten von Frauenorganisationen beigetragen. Eine Studie zu den finnischen Parlamentswahlen, bei denen die Stimme für eine Person auf einer Parteiliste abgegeben werden muss, zeigte durch repräsentative Nachbefragungen zur Wahl, dass das genderbased Voting bei Männern immer stärker verbreitet war als bei Frauen (Männer wählten also eher Männer), aber mittlerweile leicht rückläufig ist. Frauen wählen seit einiger Zeit hingegen immer häufiger Frauen. Dies kann auf eine veränderte, vermehrt gleichstellungsorientierte Kultur zurückgeführt werden.

In einer deutschen Studie zu Kommunalwahlen in 18 Groß- und 56 Kleinstädten fanden die Autor\*innen heraus, dass Frauen als Kandidatinnen in Kleinstädten deutlich und statistisch signifikant weniger erfolgreich waren und im Vergleich zu Männern „heruntergewählt“ wurden. In Großstädten hingegen gab es keine großen Abweichungen, und die Wählerschaft diskriminierte folglich Frauen nicht.

Welche Macht Präferenzstimmen haben, zeigt sich an dem historischen Anstieg des Frauenanteils in Schweizer Kantonsparlamenten: 1993 wurde dort Christiane Brunner, die von ihrer Partei nominierte Sozialdemokratin, nicht in die Landesregierung gewählt, weil sie angeblich „nicht passte“ und „zu radikal“ war. Es kam zu einer breiten zivilgesellschaftlichen Mobilisierung und Empörung, in deren Zuge schließlich eine andere Sozialdemokratin, Ruth Dreifuss, als zweites weibliches Regierungsmitglied überhaupt gewählt wurde. Bei den Kantonsratswahlen, die in den Monaten nach diesem Skandal stattfanden, stieg der Frauenanteil überall stark an; zwischen 1991 und 1995 bei den Kantonsparlamenten insgesamt um 7 auf 22 Prozent. →

#### Wie weiblich ist die deutsche Politik?

##### Der Frauenanteil in den größten politischen Parteien Deutschlands



Angaben in %  
Stand: 31.12.2019  
Quelle: FU Berlin

#### Themenspezifisches Stimmverhalten

Seit den 1990er-Jahren sind überall auf Ebene der Bundesländer direktdemokratische Verfahren – Volksbegehren und Volksentscheide – verankert. Ob Frauen und Männer in Sachfragen unterschiedlich abstimmen, ist meines Wissens für Deutschland noch nicht untersucht worden. Aus der Schweiz wissen wir, dass Frauen insgesamt sozialer und ökologischer stimmen, dass aber die Differenzen unter Frauen beträchtlich und politisch bedeutsam sind. Bei Wahlen beteiligten sich bis vor Kurzem deutlich weniger Frauen als Männer, seit etwa 2000 gibt es bei Abstimmungen keine Geschlechterlücke mehr. Allerdings zeigen zahlreiche Studien, dass sich auch bei Volksabstimmungen die Gebildeten und besser Situierten sowie eher politisch interessierte Personen deutlich häufiger beteiligen. Die Volksinitiative für einen Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung wurde 1981 mit 60 Prozent angenommen: 67 Prozent der Frauen, aber nur 53 Prozent der Männer hatten mit Ja gestimmt. 1985 wurde das neue gleichstellungsrechtliche Ehegesetz von den abstimmenden Männern abgelehnt, von den Frauen aber deutlich angenommen; der Unterschied betrug 17,5 Prozent.

**Zahlreiche Studien zeigen, dass sich auch bei Volksabstimmungen die Gebildeten und besser Situierten sowie eher politisch interessierte Personen häufiger beteiligen.**

Gleichstellungspolitische und feministische Themen können mit Volksbegehren und Referenden auf die politische Agenda gesetzt werden – in Österreich löste 1997 das Frauenvolksbegehren eine Mobilisierungswelle unter Frauen aus. Es forderte unter anderem einen Verfassungsartikel, eine Verpflichtung zu aktiver staatlicher Gleichstellungspolitik und die sozialversicherungsrechtliche Absicherung von Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung. Bei allem Potenzial von Sachabstimmungen ist aber auch zu beachten, dass ihre Erfolgchancen stark von der Ressourcenausstattung einzelner Gruppen abhängen und somit schlechte Voraussetzungen bieten, um unterprivilegierte Interessen erfolgreich zu vertreten.

#### Ausblick

Das Frauenwahlrecht ist nach wie vor ein Meilenstein und Bedingung für ein demokratisches Staatswesen. Aktives wie passives Wahlrecht sind Voraussetzungen für politische Integration; im Hinblick auf die Wahlbeteiligung der Geschlechter gelingt dies relativ gut. Unterschiede im Wahlverhalten sind kleiner als bei anderen Formen gesellschaftlicher und politischer Partizipation, etwa bei zivilgesellschaftlichem und parteipolitischen Engagement. Die Geschlechterunterschiede bei der Entscheidung für eine Partei sind auch ein empirisches Argument für das gleiche Wahlrecht. Politische Integration beginnt, endet aber nicht beim Wählen. Auf der Ebene von Parlamenten und Regierungen ist der Weg zum Ziel einer ausgewogenen politischen Repräsentation mit zahlreichen Hürden versehen: In Deutschland sind noch immer etwa zwei Drittel der Politiker\*innen männlich. Die Unterschiede in der politischen Beteiligung nach Geschlecht, Alter, Bildung und sozialer Lage bleiben eine aktuelle demokratische Herausforderung. ■

## Drei Fragen an?

### Wahlforscher Matthias Jung

**Herr Jung, allein auf das Internet in diesen Zeiten zu setzen wird nicht ausreichen. Wie sehen Sie das?**

Das Internet und die sozialen Medien werden inzwischen völlig überschätzt. Sie sind noch am besten geeignet zur Mobilisierung der eigenen Mitglieder. Faktisch ist die Zahl der Menschen außerhalb dieser Kreise, die darüber erreicht werden können, schon bei Landtagswahlkämpfen äußerst bescheiden.

**Welche Partei könnte vom Online-Wahlkampf profitieren?**

Das ist einerseits die AfD, weil sie viele ihrer ideologisch stark gebundenen Anhänger\*innen über die sozialen Medien organisiert und mobilisiert, und andererseits die Grünen aufgrund der Altersstruktur ihrer Anhänger\*innen, die eine überdurchschnittliche Affinität zu moderneren Kommunikationskanälen haben.

**Glauben Sie, dass der Umgang der Politik mit der Corona-Pandemie selbst Thema im Wahlkampf werden wird?**

Solange wir uns in der Pandemie befinden, beherrscht dieses Thema ganz eindeutig die politische Agenda und verdrängt damit andere Themen.

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 DE veröffentlicht von Gesine Fuchs für „Aus Politik und Zeitgeschichte/bpb.de“



# Ein Jahr Corona: Wie hat sich unsere Normalität verändert?

Die Corona-Pandemie ist das beherrschende Ereignis im Jahr 2020 und damit eine enorme Zäsur für das bisherige Leben. Ebenso lassen aber positive Erlebnisse optimistisch in die Zukunft blicken, denn eines ist sicher: Wir müssen uns alle an eine neue Realität gewöhnen.

## Tiere erobern ihren Lebensraum zurück

Zwar ist auch das Jahr 2020 nicht ohne das Aussterben seltener Arten verstrichen, doch die ausbleibenden Touristen- und Besucherströme haben der Tierwelt gutgetan. Ein gutes Beispiel dafür ist Thailand. Wo sich normalerweise die Traveller tummeln, wurden in diesem Jahr wieder ganze Herden der mit den Seekühen verwandten Dugongs gesichtet. In Deutschland wurden gleich mehrere Hundert der bei uns vom Aussterben bedrohten Kegelrobben geboren.

## Bessere Luft- und Wasserqualität

Weniger Produktion, weniger Verkehr, weniger Schadstoffe: Durch die Corona-Krise haben Umweltbelastungen zwischenzeitlich abgenommen. Satellitendaten zeigen, dass sich die Luftqualität in einigen Ländern während der Lockdowns deutlich verbessert hat. Wenn das mal kein Anreiz ist, künftig auf den ein oder anderen Flug oder die Nutzung des privaten Pkws zu verzichten. Auch die Wasserqualität ist aufgrund des eingeschränkten Kreuz- und Schiffsverkehrs deutlich besser geworden. Nie waren Venedigs Kanäle so klar wie im Corona-Jahr 2020.

## Nachbarschaftshilfe hoch im Kurs

Vom Nachbarn will man vor allem eines: nicht gestört werden. Insbesondere in den Städten steht nachbarschaftliches Miteinander eher selten auf der Tagesordnung. Das hat sich durch die Corona-Krise geändert. Vor allem ältere Menschen konnten bei Einkäufen und Besorgungen auf Unterstützung durch die Nachbarn setzen.

## Wertschätzung der Pflegeberufe

Seit Jahren kämpfen sie um mehr Anerkennung und nicht zuletzt um eine gerechtere Entlohnung: Menschen, die in Pflegeberufen arbeiten. Die Corona-Krise hat mehr als deutlich gemacht, was diese Menschen tagtäglich leisten. Dass das nicht allein mit einem Beifall honoriert werden kann, dürfte angekommen sein.

## Endlich! Die Schulen werden digital

In Sachen Digitalisierung hinken deutsche Schulen jenen unserer nordeuropäischen Nachbarn deutlich hinterher. Jetzt nimmt die Digitalisierung der Schulen auch in Deutschland Fahrt auf, damit Homeschooling in Corona-Zeiten möglich wird.

## Aufwertung von Homeoffice

Was früher für berufstätige Eltern ein Wunschtraum war, hat die Corona-Krise zur Notwendigkeit gemacht: das Arbeiten im Homeoffice. Zwar hat auch das Arbeiten in den eigenen vier Wänden seine Tücken, doch immerhin 85 Prozent der Homeoffice-Nutzerinnen waren mit ihrer neuen Arbeitssituation zufrieden. Mittlerweile gibt es sogar einen Gesetzentwurf, der ein Recht auf Homeoffice beinhaltet. Demnach soll der Arbeitgeber verpflichtet werden, auf den Wunsch des Arbeitnehmers, mobil zu arbeiten, einzugehen.

**66 %**

Die Zufriedenheit der Deutschen mit ihrer Arbeit ist seit Beginn der Pandemie von 32 auf 66 Prozent gestiegen.

**49 %**

Der Anteil der Deutschen, die meinen, dass es im Land „eher ungerecht zugeht“, ist seit 2019 von 63 auf 49 Prozent gesunken.

**10 %**

Die Anzahl der Menschen, die sich besondere Sorgen um die Gesundheit machen, ist von knapp 20 Prozent auf knapp 10 Prozent gefallen.

**37 %**

Zwar stiegen in den Krisenspitzen depressive Verstimmungen insbesondere bei jungen Frauen. Die generelle Angst der Deutschen ist aber im Verlauf der Krise auf den niedrigsten Stand seit 1992 gesunken – auf 37 Prozent. (R&V-Versicherungen: „Erstauflage Gelassenheit im COVID-Jahr“)

Quelle: [www.horx.com/](http://www.horx.com/)  
Illustrationen: N. Schley



# „Die Digitalisierung für den öffentlichen Dienst ist ausbaufähig“

**Im März 2020 beschloss die Bundesregierung in Deutschland den ersten Lockdown. Es folgten weitere und das Virus hatte nicht nur Folgen für die Gesundheit, sondern auch die Bundeswehr musste reagieren.**

Ein Beitrag vom HPR\*-Ausschuss Informationsarbeit

Die Ausstattung für mobiles Arbeiten oder Homeoffice war bisher Mangelware. Es brauchte einige Anträge der Bundeswehrbeschäftigten, damit sie die Möglichkeit hatten, mobil oder analog von zu Hause aus arbeiten zu können. Vorschriften, Server, VPN und die Bandbreite kamen schnell an ihre Grenzen. Wer keine mobile IT-Ausstattung hatte, der arbeitete im Homeoffice. Dienstzeiten wurden an die Zeiten freier Leitungen angepasst. Die Bandbreite wurde mittlerweile erhöht, Lizenzen und Hardware im großen Umfang beschafft.

Die Maßnahmen bestimmen bis heute den Dienst- und Arbeitsalltag aller Statusgruppen in der Bundeswehr. Auch wenn mit Hochdruck an der Beschaffung neuer IT-Ausstattungen und Zugänge gearbeitet wird, mangelt es weiterhin daran. Das zeigt, dass die Digitalisierung für den gesamten öffentlichen Dienst ausbaufähig ist. **„Es hilft niemand, wenn ein/eine Bearbeiter\*in sagt: Ich kann Ihren Vorgang nicht bearbeiten, weil mir im Homeoffice die Akte fehlt“**, sagt Regierungsamtsinspektor Bernd Kaufmann. Er hofft, dass die Pandemie das Engagement und die Mittel freisetzt, um den Prozess der Digitalisierung voranzuteiben. **„Durch die Pandemie hat der Zug der Digitalisierung in der Bundeswehr an Fahrt aufgenommen.“**

**men. Ob Telefon- oder Videokonferenzen, mobiles Arbeiten und Homeoffice, Apps auf dem Rechner, auf dem Telefon oder dem Tablet – das ist alles kein Problem mehr**“, erklärt Michael Hubert, Bundeswehrangehöriger. Während im ersten Lockdown ein Teil des Personals – insbesondere Menschen der Risikogruppe – mit der Auflage der telefonischen Erreichbarkeit ohne konkrete Aufgabe nach Hause geschickt wurden, tritt dieses Vorgehen heute nur noch selten ein. **„Die Modelle des Vor-Ort-Arbeitens sehen unterschiedlich aus“**, weiß Klaus-Hermann Scharf. Neben der Lockerung zur Einhaltung der Abstandsregelung werden teilweise langfristige Schichtmodelle angewendet, die von einem halbtäglichen über täglichen sowie wöchentlichen/zweiwöchentlichen Wechsel reichen und mit Homeoffice in unterschiedlichen Formen kombiniert werden. Die seit 2017 in der Bundeswehr neu eingeführten flexiblen Arbeitszeitmodelle werden von den Beschäftigten positiv wahrgenommen und helfen in diesen Zeiten, den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten. **„Problematisch sind Rücksprachen innerhalb und außerhalb der Dienststellen aufgrund der Schichtmodelle sowie fehlender Weiterleitungen an dienstliche oder an private Telefone“**, sagt Scharf.

Auch der Soldat\*innenalltag hat sich in dieser Zeit verändert. Die Verlegung in oder aus den Einsatzorten war vor Corona nicht friktionsfrei. Nun kommen vor und nach einem Einsatz isolierte Unterbringungen infrage, um Ansteckungen zu verhindern, sowie verschärfte Ein- und Ausreisebestimmungen hinzu. Ebenso mussten Ausbildungsvorhaben angepasst werden. Die Anwendungen der Infektionsschutzmaßnahmen im Ausbildungs- und Lehrbetrieb führten zu weiteren Belastungen. Kein/keine Bundeswehrangehöriger/Bundeswehrangehörige hätte beim Dienstantritt gedacht, dass er/sie jemals in einem Callcenter des Gesundheitsamtes zur Kontaktnachverfolgung oder in einem Alten- und Pflegeheim eingesetzt wird. Diese Hilfeleistungen dauern bereits seit einem Jahr an. Die Unterstützung in den Pflegeeinrichtungen stellt eine enorme Herausforderung dar, weil es sich beim eingesetzten Personal zum Teil um Soldat\*innen handelt, die weder aus dem Sanitätsdienst noch aus dem Pflegebereich kommen. **„In Gesprächen mit den Helfer\*innen erfährt man, dass die Aufgaben mit viel Herzblut übernommen werden“**, hebt Stabshauptmann Martin Vogelsang hervor, und hofft, dass diese Belastungen keine negativen Spuren beim Personal hinterlassen.

Doch das Arbeiten von zu Hause aus funktioniert nicht immer, zum einen aufgrund der Art der Tätigkeit, der Sicherheitsstufe oder des Fehlens ausreichender IT-Ausstattung.

Für die, die im Homeoffice mit IT-Ausstattung tätig sind, ist die Situation nicht immer leicht. Neben dem Dienst müssen Klein- und Schulkinder wegen geschlossener Einrichtungen bei Laune gehalten werden. Hierbei sind organisatorische Fähigkeiten gefragt. Im Homeoffice müssen die Eltern neben dem eigenen Laptop auch die Nutzung der Geräte für die Kinder im Auge behalten. Um allen gerecht zu werden, bedarf es neben eines Breitbandanschlusses und eines schnellen WLAN zusätzlich starker Nerven.

Die Bundeswehrbeschäftigten sind dennoch zufrieden mit den getroffenen Maßnahmen und Angeboten am Arbeitsplatz – sei es am Dienstort oder zu Hause –, um gesund durch die Pandemie zu kommen und die entstandenen familiären Belastungen abzufedern. Fast allen Beschäftigten sind die Auswirkungen der Corona-Krise in der Privatwirtschaft bewusst und sie sind dankbar für die Fürsorge des Arbeitgebers. Gleichwohl vermissen alle die sozialen Kontakte in der Dienststelle. Im Büro, auf dem Flur oder in der Kantine mit den Mitarbeiter\*innen zu sprechen fehlt. Telefonate können das Vier- oder Mehraugengespräch am Ort nur bedingt ersetzen.

## „Digitalisierung betrifft jeden Menschen“

„Durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind die Worte Homeoffice, Homeschooling, VTC, WebEx, TEAMS, Zoom etc. in aller Munde. Letztlich geht es um Digitalisierung. Die Neugestaltung der Arbeitswelt findet jedoch schon länger statt. Corona hat eine Art „Brennglas“ über das Thema gelegt. **„Digitalisierung betrifft jeden Menschen.“** Davon ist Haupt-



Foto: Pixabay

**Neben der eigentlichen Arbeit die Kinder im Homeoffice zu betreuen ist für viele Eltern eine Herausforderung.**

mann Guido Hedemann überzeugt. Die Arbeitsplatzsicherheit ist ein wesentlicher Pluspunkt bei einem Arbeitgeber wie die Bundeswehr, doch vollzieht sich ein Wandel der Werte. Die „junge Generation“ sucht Sinn, strebt nach Unabhängigkeit und auch Flexibilität. Chancen bietet die Digitalisierung in dem Verständnis, Arbeitsprozesse neu zu gestalten. Digitalisierung ist erst dann Fortschritt, wenn die althergebrachten analogen Verfahren nicht einfach in „Nullen und Einsen“ abgebildet werden. Bei der Neugestaltung der Arbeitsprozesse müssen die Menschen im System „mitgenommen“ werden, dafür setzt sich der HPR ein – von Anfang an. Ein modernes Arbeitsumfeld steigert die Zufriedenheit der Menschen und sorgt für einen „Wohlfühlfaktor“ bei einer flexiblen und dynamischen Tätigkeit. Hierzu gehört eine professionelle Ausstattung mit modernen Arbeitsmitteln aller Angehörigen der Bundeswehr. ■

## Autorschaft

\* Der Ausschuss Informationsarbeit im Hauptpersonalrat (HPR) beim Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) informiert die Bundeswehrbeschäftigten über das Handeln des Gremiums und ist die Redaktion des Informationsmagazins „HPR – Info“. Dabei berät der Ausschuss über aktuelle Informationen und informiert als Bindeglied aller Statusgruppen zwischen der Leitung des BMVg sowie allen weiteren Beteiligungspartnern über aktuelle Sachstände. Seit Februar 2021 ist Oberstabsfeldwebel Karl-Uwe Hahn der Sprecher dieses Ausschusses. Das Gremium besteht aus 61 Mitgliedern, aufgeteilt in 30 Soldaten, 10 Beamte und 21 Arbeitnehmer\*innen.



Ein Jahr Leben in der Pandemie

# Die CORONA-Bilanz: Geschichte eines Wandels

Ein Beitrag von Matthias Horx,  
Trendforscher und Publizist.  
Dieser Beitrag erschien unter:  
[www.horx.com/kolumne](http://www.horx.com/kolumne)

Illustrationen: Shutterstock

**Was passiert, wenn eine globale, überbeschleunigte, hypervernetzte Gesellschaft mitten im Lauf gestoppt wird? Massenarbeitslosigkeit. Verarmung. Sozialer Zerfall. Wirtschaftskrise. Wahn und Terror. Bürgerkrieg. Das Ende Europas. Der Zusammenbruch der Demokratie. So befürchteten es viele im Frühling des Jahres 2020, als alles begann. Was aber ist wirklich passiert? Ein Überblick:**

**W**enn eine Krise beginnt, entsteht in unserem Gedächtnis eine kognitive Dissonanz. Zwischen den Ansprüchen an die Wirklichkeit und der erlebten Realität klappt plötzlich eine riesige Lücke. In diesem Spalt entsteht ein tiefer existenzieller Schwindel. Der Ausruf lautet: Das kann doch nicht wahr sein! Die Welt ist nicht, wie sie sein soll. Sie entspricht nicht unseren Vorstellungen. Trotzdem geht das Leben weiter. Ungewohnt. Anders. Fremd. Herausfordernd. Wenn wir uns Krisen stellen, öffnet sich ein Möglichkeitsraum. Wir erleiden Verluste, von denen wir glaubten, sie unmöglich verkraften zu können. Es kann aber auch passieren, dass das, was wir entbehren, uns plötzlich nicht fehlt. Dass wir verblüfft sind, weil wir das, wovon wir uns furchtbar abhängig fühlten, nicht wirklich brauchten. Wir erfahren, dass wir auch anders können. So entsteht ein Moment von echter Freiheit – in uns selbst. Oder wir verbittern. Verhärten uns in Hass und Wut und Abwehr. Das Attila-Hildmann-Syndrom: Menschen, die sich in der Welt (und in sich selbst) nicht zu Hause fühlen, fallen in eine infantile Trotzphase zurück. Sie weigern sich, die Realität der Krise anzuerkennen. Sie nutzen die Krise, um ihre Ängste zu inszenieren. Und dabei ganz groß herauszukommen.

**Hunde:** Niemals zuvor wurden so viel Hunde gekauft, aus Tierheimen befreit, gehätschelt, getätschelt als in der Corona-Zeit. In der Hinwendung zum Tier manifestierte sich die Sehnsucht nach sicherer Begleitung. Mit dem Hund trösten wir uns in unserer existenziellen Angst.

**Garten:** Nicht nur die Nachfrage nach Sommerhäusern, Grundstücken und Schrebergärten stieg in der Corona-Krise an. Gartencenter verbuchten irre Umsatzzuwächse. Jeder, der konnte, baute sich eine Gemüsebox, ein Hochbeet, einen Nutzgarten. Einen Nutzgarten anzulegen und zu pflegen ist ein bestimmter, sehnsüchtiger Umgang mit der Zukunft. Man lernt das Warten. Man rechnet mit dem Verlust.

**Liebe:** In der Liebe markierte die Corona-Krise nicht selten die Stunde der Wahrheit. Krise heißt Zuspitzung, Beurteilung und Entscheidung. Liebende fanden zusammen oder auseinander. Beides ist „richtig“, denn es klärt die Dinge.







„Eine Krise wie Corona klärt, wer wirklich wichtig ist in unserem Leben. Sie ordnet unser Beziehungsnetzwerk neu. Wir verlassen diejenigen, mit denen wir längst in einem seelischen Lockdown gefangen waren.“

Matthias Horx

**Freundschaft:** Ein besonderer Beziehungstypus hat in der Krise große Bedeutung erlangt. Viele Menschen haben alte Freundschaften wiederbelebt, Kontakte aktiviert, die für ihr Leben wichtig waren. *„Ich habe Menschen wiedergetroffen, die ich seit 30 Jahren aus den Augen verloren habe“, erzählte mir ein guter Freund. „Dabei wird man förmlich dazu gezwungen, sich noch einmal selbst zu befragen – was man geworden ist.“*

Freundschaft ist die soziale Synthese zwischen Freiheit und Bindung. Eine Krise wie Corona klärt, wer wirklich wichtig ist in unserem Leben. Sie ordnet unser Beziehungsnetzwerk neu. Wir verlassen diejenigen, mit denen wir längst in einem seelischen Lockdown gefangen waren. Wir prüfen, was uns wirklich bindet. Das kann auch für die Arbeitswelt gelten. Plötzlich sitzen wir dem Chef in T-Shirt oder offenem Hemd vor dem unordentlichen Bücherregal im Arbeitszimmer gegenüber. Das klärt vieles. Klärung ist das Wesen der Krise.

**Verschwürungsparadox:** Aber sind nicht die vielen Verschwörungs-Paranoiker, die sich in der Krise offenbart haben, die

Wütenden, Schäumenden, Verirrten und Verwirrten, ein Zeichen für die Spaltung unserer Gesellschaft? Verschwörungsfanatiker sind besonders empfindliche Menschen, die ihre Angst und Unsicherheit nicht aushalten können. Deshalb verschieben sie ihr Realitätsbild in eine Richtung, in der die Dinge wieder „Sinn machen“. Verschwörungsmystiker glauben vielleicht nicht wirklich an das, was sie glauben. Sie brauchen jedoch das Extreme, Absurde als Aufmerksamkeitstechnik, um ihr großes Bedürfnis, wahrgenommen zu werden, zu befriedigen.

**Populismus im Rückwärtsgang:** Ähnliches gilt für den Rechtspopulismus. Zwar nutzten die Rechten in einigen Ländern (Polen, Ungarn) die Krise zunächst als eine Art Disziplinierungsinstrument. Aber eine aggressive Ideologie, die nur durch die Erzeugung von Krisen gedeihen kann, verstrickt sich in realen Krisen in unauflösbare Widersprüche. Die Zweite Welle verlief in den Populisten-Ländern besonders schlimm. Die Populisten forderten zunächst noch strengere, noch „nationalere“ Restriktionsmaßnahmen – um später „Freiheit“ zu fordern. Damit verstrickten sie sich in ein unauflösbares Paradox. Es zeigte, dass das innere Wesen des Populismus opportunistische Zer-

störungswut ist. Es kommt ihnen weder auf Freiheit noch auf Schutz an.

Italien fand in der Krise eine neue innere Kraft – auch wenn in der zweiten Welle der typische italienische Wutanfall noch einmal ausbrach. In England werden die patriotischen Töne zunehmend als destruktiv sichtbar. Populisten wie die Babis in Tschechien gerieten in eine Mühle von Legitimation und Selbstlegitimation. In Österreich fiel die FPÖ in ein tiefes Loch. Bolsonaro konnte sich in Brasilien nur durch ein gigantisches Armen-Subventionsprogramm vor dem Machtverlust bewahren. Die AfD zerlegt sich genüsslich selbst; die Bösartigkeit dieser Partei wird immer sichtbarer.

**Frauen:** Die politischen Gewinner der Krise waren vor allem Frauen, allen voran Jacinda Ardern, die in Neuseeland zeigte, was Inklusion und Solidarität bedeutet. Kleinere Länder mit hoher sozialer Kohärenz, oft von Frauen regiert, erwiesen sich als Gewinner im Krisenverlauf. Oder die Frauen von Weißrussland, die inmitten der Pandemie eine wunderbare Revolte begannen.

Krisen bieten zwei Möglichkeiten: Paranoia oder Metanoia. Hysterie oder Wandel. Die Umfragen und Studien, die sich mit den Auswirkungen der Pandemie beschäftigen, diagnostizieren eine erstaunliche Resilienz. Viele Menschen haben in der Krise nicht nur ihre Ängste überwunden, sondern auch Glücksmomente erlebt. Im Zentrum stand dabei die Fähigkeit, eine Situation neu zu bewerten und ihr etwas Gutes abzugewinnen.

**Soziale Emergenz:** Es bleiben die großen Befürchtungen, die uns seit Beginn die Krise begleiten:

- Die Epidemie bringt die alten Gender-Machtverhältnisse zurück. Frauen werden an den Herd zurückgedrängt. Sie unterliegen mehr denn je männlicher Gewalt.
- Die Epidemie bringt eine Verschärfung der sozialen Spaltung zwischen Arm und Reich hervor.
- Die Epidemie steigert die Einsamkeit.

Manche dieser Befürchtungen haben sich bestätigt. Die meisten eher nicht. ■



# Great Expectations *Außenpolitik unter Joe Biden*

Der Einzug Joe Bidens in das Weiße Haus weckte bei vielen Beobachter\*innen große Erwartungen. Die Zeiten, in denen Donald Trump durch einen Tweet Kursschwankungen an der Börse und Sorgenfalten bei seinen engsten Verbündeten auslösen konnte, schienen passé. Zurückhaltung, Verlässlichkeit und Verständnis würden ab jetzt das transatlantische Verhältnis bestimmen. Nach vier Jahren eines irrlchternden Präsidenten folge nun wieder eine Rückkehr zu der alten, unter Barack Obama erprobten Ordnung, so der Tenor. Doch die Aussichten dafür stehen schlecht.

**Z**um einen liegt dies an der weltpolitischen Lage, die sich in den letzten vier Jahren verändert hat. Zum anderen im Vermächtnis Donald Trumps, das er seinem Nachfolger, Joe Biden, hinterlassen hat. Um einordnen zu können, was wir – als Europäer und als Deutschland – außenpolitisch von einer Präsidentschaft Bidens erwarten können, müssen die folgenden Aspekte genauer betrachtet werden.



Illustration: Pixabay

## Die weltpolitische Lage

Für die neue Biden-Administration gilt: „*Hit the ground running*“. Es wird keine Zeit für langwierige Abstimmungsschleifen mit ihren transatlantischen Partnern geben, denn die weltpolitische Lage ist ernst – oder mit den Worten Wolfgang Ischingers gesagt: „*Die Welt ist in Gefahr.*“

Eine Umfrage der Münchner Sicherheitskonferenz (veröffentlicht in einer Sonderausgabe des „Munich Security Report“ im Oktober 2019) spiegelte diese Wahrnehmung wider. Demnach glauben 75 Prozent der Deutschen, dass die Zahl der Krisen und Konflikte in den nächsten Jahren steigen wird. Auch auf der anderen Seite des Atlantiks gibt es ähnliche Befürchtungen. Der amerikanische Politikwissenschaftler Robert Kagan konstatierte bereits Ende 2018 in seinem gleichnamigen Buch: „Der Dschungel wächst zurück“. Kagan verdeutlichte, dass unsere friedliche, liberale und demokratische Ordnung nicht die Norm, sondern eine historische Ausnahmeerscheinung ist. Wenn wir sie nicht im transatlantischen Verbund aktiv schützen, werden auf lange Sicht Anarchie und das Recht des Stärkeren bestimmen, wie wir auf internationaler Ebene miteinander umgehen. Der Economist lieferte im Februar 2021 weitere Zahlen zu diesem beunruhigenden Trend: Weltweit sank die Anzahl funktionierender Demokratien (gemessen u. a. an Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und freien Wahlen). Nur knapp 8 Prozent der Weltbevölkerung leben demnach in gefestigten Demokratien, ein Drittel in autoritären Herrschaftssystemen. Zusätzlich wirkt die Corona-Pandemie auf dieses internationale System wie ein Brandbeschleuniger. Freedom House, eine amerikanische Nichtregierungsorganisation, zeigte im Oktober 2020 auf, dass sich die Menschenrechtslage und der Zustand der Demokratie in über 80 Ländern seit Ausbruch des Virus drastisch verschlechtert haben.

Drei sicherheitspolitische Megatrends verstärken dieses „Zurückwachsen des Dschungels“:

Als einen **ersten Megatrend** erleben wir momentan eine Renaissance der Geopolitik. Russland hat spätestens mit der illegalen Annexion der Krim bewiesen, dass das Recht des Stärkeren und das Denken in Einflussphären in die Außenpolitik zurückgekehrt sind. Und nicht erst seit Donald Trump ist die Großmacht Konkurrenz zwischen China und den USA zu einem weiteren bestimmenden Faktor für die internationale Ordnung geworden. Das Konkurrenzdenken beider Staaten umfasst nahezu alle Bereiche vom Handel bis zur Sicherheit. Das zeigt sich in vielzähligen internationalen Gremien und strahlt auf Konflikte weltweit aus. Auch Joe Biden hat verdeutlicht, dass er China als zentrale Herausforderung und als einen Systemkonkurrenten sieht.

Präsident Xi Jinping wiederum äußerte öffentlich, dass sich China bis 2050 zu einer globalen Führungs- und Gestaltungsmacht entwickeln soll. In diesem Spannungsfeld besteht für die EU eine der größten Herausforderungen darin, sich als aktive Gestaltungsmacht zu behaupten.

Ein **zweiter Megatrend** besteht in einer Deglobalisierung oder einer weltweiten „Entnetzung“. Die Pandemie fungiert hierfür wie ein Katalysator. Zu Beginn schien sie alte Reflexe zu erwecken. Denn Nationalstaaten, nicht internationale Organisationen schienen die Problemlöser der ersten Stunde. Dies zeigte sich in den Ausfuhrbeschränkungen für medizinische Güter. COVID-19 hat sich des Weiteren auf wichtige Grundlagen der Globalisierung ausgewirkt. Weltweite Lieferketten bekamen eine akute, systemrelevante Bedeutung. Ihre Verwundbarkeit wurde in besonderem Maße sicherheitspolitisch relevant. Als Langzeitfolge der COVID-19-Pandemie könnten nicht nur Hightech-Produkte oder Energieinfrastruktur als „strategisch“ eingestuft werden, sondern dauerhaft auch Pharmazeutika und medizinischer Bedarf. Einer weiteren „Entnetzung“ würde damit Vorschub geleistet werden.

Als **dritter Megatrend** zeichnet sich ab, dass sich die Natur von Konflikten dauerhaft verändert hat. „Klassische“ Kriege zwischen zwei Staaten treten in den Hintergrund. Stattdessen werden Konflikte zunehmend transnational und gleichsam „formlos“. Es ist sowohl schwer, ihren Anfang klar zu benennen, als auch, wer involviert und wann ein Konflikt wieder beendet ist. Zum einen liegt dies an den Herausforderungen (Klimawandel, Pandemie oder transnational organisierte kriminelle Banden) und den rasanten technologischen Entwicklungen (Künstliche Intelligenz, neuartige Cyber- und Weltraum-Waffen oder neuartige Drohnen). Zum anderen liegt es aber auch an den einzelnen Akteuren, die zu hybriden Angriffen (siehe Russlands Vorgehen in der Krim) übergehen. Dabei wird bewusst die Grenze zwischen Zivilisten und Kombattanten verwischt. Der Präsident des International Rescue Committee, David Miliband, beschreibt einen weiteren Punkt, der sich daraus entwickelt. Er sieht die Welt in einem „Zeitalter der Strafflosigkeit“, in dem es unmöglich wird, Verursacher eines Angriffs zuzuordnen und zur Rechenschaft zu ziehen. Als bittere Konsequenz daraus bleiben viele (Kriegs-)Verbrechen ungesühnt.





**Entscheidend für Biden wird sein, ob er es schafft, die Verbündeten, insbesondere in der NATO, davon zu überzeugen, dass die USA wirklich „zurück sind“.**

Foto: Pixabay

Was Obama mit dem Einzug ins Weiße Haus gelungen ist, will nun auch Trumps Herausforderer Biden schaffen. Kann Obama ihm dabei helfen?



#### Das Vermächtnis Trumps

Diese Herausforderungen werden dem jetzigen US-Präsidenten, Joe Biden, einem außenpolitischen Experten, bewusst sein. Allerdings hat ihm sein Vorgänger Trump Steine in den Weg gelegt, die seinen Start als Präsident erschweren werden. Antony Blinken, der neue Außenminister, verdeutlichte dies, als er die erste außenpolitische Grundsatzrede Joe Bidens Anfang Februar einleitete. Dabei zitierte er einen klassischen Leitsatz der Außenpolitik: „Foreign policy begins at home“. Außenpolitik und Innenpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Biden unterstrich diesen Punkt in seiner Rede („There is no bright line between foreign and domestic policy.“). Der neuen Administration ist bewusst, dass die USA nach vier Jahren Trump tief gespalten sind. Dies spiegelt sich auch in der hauchdünnen Mehrheit wider, welche die Demokraten sowohl im Kongress als auch im Senat erreichen konnten.

Biden wird daran gemessen, ob er es schafft, sein Wahlkampfversprechen einzulösen und eine Außenpolitik für den (amerikanischen) Mittelstand umsetzen. Dies wird sich in harter Zollpolitik und einem weiterhin direkt ausgetragenen wirtschaftspolitischen Wettstreit mit China niederschlagen.

Im Bereich der Digitalpolitik könnte es zu divergierenden Interessen führen, wenn sowohl die EU, die USA als auch China zum Vorreiter im Bereich digitaler Innovationen und bestimmender Marktmacht werden wollen. Die große Frage lautet hierbei: Wer wird „das nächste iPhone“ auf den Markt bringen?

Entscheidend für Biden wird sein, ob es er schafft, die Verbündeten, insbesondere in der NATO, davon zu überzeugen, dass die USA wirklich „zurück sind“ („we are back“ – so der Beginn seiner außenpolitischen Grundsatzrede). Das Vermächtnis Trumps besteht nicht nur darin, dass Vertrauen in die USA als verlässlichen Partner verloren gegangen ist, sondern auch darin, dass niemand weiß, wer in vier Jahren in das Weiße Haus gewählt werden könnte. Denn ob sich die Republikanische Partei von Trump lossagen wird, ist noch lange nicht sicher. Ein Kommentator brachte diese Volatilität zugespitzt auf den Punkt: Vielleicht müssen wir 2025 mit dem Sänger Kid Rock im Weißen Haus rechnen. Daher wird Joe Biden, wie von ihm bereits angekündigt, viel Energie darauf verwenden, das Vertrauen in die USA wieder aufzubauen und multilaterale Institutionen zu stärken. Der Wie-

dereintritt in die Weltgesundheitsorganisation ist dafür ein starkes Zeichen. Und sowohl seine Äußerungen als auch sein erfahrenes außenpolitisches Team lassen darauf hoffen, dass weitere Schritte umgesetzt werden.

#### Fazit

Für Europa und Deutschland im Speziellen bedeutet dies, dass sich der außenpolitische Stil im Weißen Haus unter Joe Biden radikal ändern wird. In der Substanz hingegen werden grundlegende Herausforderungen bestehen bleiben: der Umgang mit China, Lastenteilung innerhalb der NATO (hierbei insbesondere Deutschlands Verteidigungsausgaben) und der strategische Umgang mit Russland (neuerlich entzündet an der Debatte um Nord Stream 2) sind nur einige Punkte, in denen es kein „weiter so“ geben wird. Die großen Erwartungen in Bezug auf Joe Biden sind durchaus berechtigt. Doch sind sie bei Weitem kein Selbstläufer, sondern erfordern auch eine Kraftanstrengung von der anderen Seite des Atlantiks. ■

Dieser Artikel gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

#### Der Autor



**Dr. Julian Voje** arbeitet seit 2018 bei der Münchner Sicherheitskonferenz und ist seit Sommer 2020 Leiter des Policy Teams in Berlin. Außerdem ist Voje Gründungsmitglied der Asien Brücke e. V.



Freie Gestaltung eines Kirchenfensters  
nach einer Vorlage der St. Marien am  
Behnitz in Berlin-Spandau.  
Illustration: N. Schley

## Himmel 4.0

# Wie die digitale Revolution zur Chance für das Evangelium wird

Autor: Erik Händler

Das Himmelreich können wir uns nicht verdienen. Aber wie wir uns gegenüber anderen verhalten, das ist vor Gott wichtig: Ob jemand sein Eigeninteresse mit Ellenbogen verfolgt, unabhängig von den Bedürfnissen anderer, sie gar benutzt und ausbeutet; ob jemand wahrhaftig ist oder den anderen täuscht; ob jemand die Balance findet zwischen seinen eigenen berechtigten Interessen und dem Allgemeinwohl. Das Leben ist der Zeitabschnitt, in dem wir uns in Freiheit für das Gute entscheiden können – was sich erst im Zusammenspiel mit anderen zeigt.

Die Bauern des Mittelalters folgten den vorgegebenen Ackerfurchen und hatten kaum etwas zu entscheiden. Die Arbeiter der Industrialisierung vegetierten neben der Maschine dahin. Doch jetzt in der Wissensgesellschaft, in der die Menschen ständig mit anderen über Einzelinteressen hinweg größere Projekte bearbeiten, gerät der Blick auf das Verhalten des Einzelnen in das Zentrum der wirtschaftlichen Entwicklung. Damit bekommt das Evangelium eine neue Chance, erzählt, bedacht und umgesetzt zu werden.

### Digitalisierung = Umgang mit Wissen

Längst haben die elektronisch gesteuerten Maschinen die meiste materielle Arbeit übernommen, und Computer leisten die strukturierte Wissensverarbeitung wie Gehaltsabrechnung oder Robotersteuerung. Was an Beschäftigung wächst, ist die Arbeit am Menschen und die Arbeit mit Wissen: planen, organisieren, beraten, verstehen was der Kunde meint; unterschiedliche Kompetenzen zusammenfügen, um ein Problem zu lösen. Das hat andere Regeln für Produktivität als früher an der Stanzmaschine: Umgang mit Wissen ist Umgang mit anderen Menschen, die man unterschiedlich gerne mag, unterschiedlich gut kennt und mit denen man unterschiedliche berechnete Interessensgegensätze hat. Ihr Zusammenwirken – oder ihr destruktives Verhalten - bestimmen den Wohlstand: Weniger die Technik als vielmehr die Menschen hinter der Digitalisierung entscheiden über das Maß an Ressourcen, die uns für Soziales, Bildung und Infrastruktur bleiben. Wenn zwei Abteilungsleiter nicht mehr miteinander reden, hilft keine Technologie. Genau hier ist eine neue Wachstumsgrenze entstanden: Meinungsverschiedenheiten arten zu Machtkämpfen aus, die bis zur Rente nicht mehr versöhnt werden; Mobbing, Partisanenkämpfe, Lügen fressen die innerbetrieblichen Ressourcen. Überleben werden am Markt jene Firmen, in

denen Wissensarbeit zu geringeren Kosten geleistet wird. Das geht nur mit bestimmten Eigenschaften: offene und ehrliche Kommunikation, flache Hierarchien, Kooperationsfähigkeit, Versöhnungsbereitschaft sowie eine effiziente Streitkultur. Wissensarbeit benötigt ein Klima, in dem sich der Einzelne nach seinen Gaben frei entfalten kann; aber nicht für sich, seine Karriere und seine eigenen Kostenstelle, sondern für das Wohl des Ganzen.

### Vom früheren Gruppendruck zum Individualismus

Dass die dafür nötige Universalethik zu wenig verbreitet ist, wundert nicht, wenn man sieht, woher wir herkommen: Früher musste sich der Einzelne der Gruppe unterordnen, andere Gruppen wurden gemeinsam bekämpft – Beispiele sind Nationalsozialismus, Kommunismus, religiöse Gruppenethiken („Wir sind die Rechtgläubigen, die anderen können vernichtet werden“). Als solch eine Gruppenethik aber wurde das Christentum in vielen Jahrhunderten gelehrt und politisch instrumentalisiert – so wie heute noch in den meisten Kulturen auf diesem Planeten. Wertevermittlung glich eher einer Dressur als eigener Reflexion.

Mit Auto, Computer und stark gewachsenem Wohlstand war es nun möglich, die unberechtigten Fesseln von Religion, Nationalismus und familiärem Druck abzuschütteln. Wenn einem die Predigten am Ort nicht gefielen, konnte man nun mit dem VW-Käfer zwei Dörfer weiter fahren – Technik und Wirtschaft sind der Grund, warum sich Kirche und Glauben so ausdifferenziert haben. Je komplexer die Arbeitswelt wurde, umso mehr musste sich ein Fachmann auch gegen andere Meinungen im Team mit seinen Argumenten behaupten – Individualismus war eine Voraussetzung für eine produktivere Gesellschaft. Doch Individualismus kann auch destruktiv sein: „Ich mache, was ich will, was mir guttut und verfolge meine Interessen“ – in der Spitze entsteht ein Egoismus, der sich auch auf Kosten anderer bereichert, dem das Allgemeinwohl egal ist, für den nur die eigene subjektive Wahrnehmung zählt.

Wenn konservative Kirchenleute meinen, der Individualismus sei schuld, dass die Kirchen so leer geworden sind, dann irren sie: Er ist ein nötiger Entwicklungsschritt auf dem Weg zur Gottes- und Nächstenliebe. Denn nur wer eigenständig reflektiert, hat auch belastbare Werte für sein Verhalten. Böses zu tun gehört zur Freiheit, in die Gott uns stellt: Wir sind nicht die Haustiere vom lieben Gott, die im Käfig „Männchen“ machen müssen, um Futter zu bekommen; das Himmelreich ist keine Zwangshochzeit. Denn Liebe ist nur echt, wenn in Freiheit erwählt. Deswegen sitzt da auch kein Gott sichtbar auf der Wolke. Denn dann würde kein Finanzhai mehr Schrottpapiere verkaufen, kein Internet-Troll würde mehr Hasskommentare schreiben. Ein Gott, der beweisbar wäre, wäre nicht Gott, denn er hätte uns damit die Freiheit genommen, uns in Freiheit dafür zu entscheiden, das Wohl der anderen und der Allgemeinheit als mindestens ebenbürtig zu betrachten. →



### Über den Einzelnen hinaus: Universalethik

Das ist der Sinn des Kreuzes: In Jesus begegnet Gott den Menschen in Augenhöhe. Keine Engarmee kommt, um Jesus vor der Kreuzigung zu schützen. Der Plan Gottes ist kein sinnloser Opfertod, sondern dass sich die Menschen zu Gott bekehren (was die an weltlicher Macht Hängenden nicht tun). Der Mensch bekommt die Freiheit, ihn ans Kreuz zu nageln - Jesus wehrt sich nicht, spielt keine Macht aus, um eben diese Freiheit des Menschen nicht einzuschränken. Doch nicht Freiheit an sich ist das Ziel, sondern die Gemeinschaft mit Gott für jene, die über ihre Gruppe und sich selbst hinaus das Wohl aller suchen – das ist die Definition von Universalethik. Auch Agnostiker, Atheisten oder Andersgläubige können sich für Universalethik entscheiden, ausgelöst durch die praktische Herausforderung des Alltags, aus eigener Einsicht – das entspricht einem anonymen Christentum. Denn nicht der, der „Herr, Herr“ sagt, kommt in das Himmelreich, sondern „wer den Willen des Vaters“ tut. Scheint doch auch das Gericht, von dem Jesus immer wieder spricht, eher ein Richten des Tuns zu sein, das den inneren Bezugsrahmen offenlegt, als der Gruppenzugehörigkeit.

Vor Gott ist wichtig: Wofür hast du deine Freiheit genutzt? Erst jetzt im Berufsalltag der Wissensgesellschaft hat der Mensch die Möglichkeit, jeden Tag sein Gewissen zu prüfen, ob er sich egoistisch verhält oder und auch das Allgemeinwohl verfolgt. Individualismus reicht in der digitalen Wissensgesellschaft nicht mehr aus für wirtschaftlichen Wohlstand. Zur produktiven Zusammenarbeit gehört Respekt vor den berechtigten Interessen der anderen. Jetzt kann sich keiner mehr in sein eigenes Büro zurückziehen, weil sich alle der Frage stellen müssen: Bauen wir die Maschine – ja oder nein? Und wenn ja, mit welchem Argument? Schon das Entwickeln gemeinsamer Regeln birgt jede Menge Konfliktstoff, noch bevor überhaupt geschäftliche Entscheidungen getroffen wurden. Die Menschen bringen ihre Wertvorstellungen mit in die Firma; nach ihren Maßstäben gehen sie ihre Konflikte an - aus wirtschaftlichen Gründen kommen religiöse/weltanschauliche Reibungen in die Mitte der Gesellschaft. Menschen können stinkfreundlich sein - aber erst, wenn man mit ihnen streitet, offenbart sich ihr wahrer Charakter. Der nächste Entwicklungsschritt ist ein kooperativer Individualismus, wo der Einzelne sich nach seinen Gaben entfaltet, sie aber zum Wohl aller einbringt. Die Herausforderung im Berufsalltag heißt „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Ist das nicht das, wobei Gott uns haben wollte? Kaum sind gerade mal 2000 Jahre Kirchengeschichte vorbei, gerät das, was das Evangelium ausmacht, in das Zentrum der sozioökonomischen Entwicklung.

### Ausblick: Theologie des Streitens

Das gilt auch für die Institution: Eine neue innerkirchliche Streitkultur wird zum entscheidenden Prüfstein für die christliche Botschaft. Sie kann ausstrahlen in den Alltag der Firmen

und danach in die Konfliktkultur von Familien (was den Anteil an Scheidungen wieder senken, die Familienqualität steigern und die Geburtenrate auf ein ausgeglichenes Niveau erhöhen könnte). Und genau das scheint das Ziel Gottes zu sein: Jesus kam nicht, um „den Frieden zu bringen“, sondern das „Schwert“. (Mt 10,34). Auf jeder Seite des Evangeliums knallt und knistert es. Ob in Kirchengemeinde, Beruf oder als ganze Gesellschaft: Wir müssen lernen, uns mit offenem Visier auseinanderzusetzen, und zwar nach redlichen Methoden, und dabei über die eigenen, berechtigten Interessen hinaus das Allgemeinwohl verfolgen.

Die Streitkultur ist der Schlüssel für die meisten innerkirchlichen Probleme: Keiner theologischen oder spirituellen Richtung ist es gelungen, mit ihrer Vision für die ganze Kirche zu stehen. Die individuelle Ausdifferenzierung in der Gesellschaft ist an einem maximalen Punkt angekommen, sodass längst wieder die Zahl überindividuelle Ziele und kooperative Verhaltensweisen zunehmen wird, um den Alltag besser bewältigen zu können. Die nächste Generation ist unideologisch und pragmatisch. Eine Vision von Kirche über alle Richtungen hinweg zu schaffen, das bekommt durch die wirtschaftlichen Verluste schlechter Zusammenarbeit im digitalen Zeitalter eine neue Chance – wenn die Streitkultur auf dem Weg dorthin stimmt. In den künftigen Gemeinden werden Laien ihre unterschiedlichen Begabungen einbringen, bekommt das Zusammenwirken in den größeren Pastoralteams und mit den vielen Ehrenamtlichen eine neue Qualität. Jede Diskussion verändert, lässt einander besser kennenlernen und zusammenwachsen. Wir brauchen eine Theologie des Streits als Weg zu Gott: Nicht Nichtstreiten ist Frieden, sondern Spannungen offenzulegen und sie einvernehmlich auszutragen: Sich auseinanderzusetzen ist der Weg zum Frieden. Streiten ist besser, als gar nicht miteinander zu reden – wenn der Streit die Gemeinschaft festigt. Mit einer innerkirchlichen Streitkultur, die das gegenseitige Absprechen konstruktiv angeht, gelingt ein neuer Aufbruch für das Evangelium in die Gesellschaft hinein. ■

### Autor und Buch



Foto: Martin Wiesler

In seinem Buch „Himmel 4.0: Wie die digitale Revolution zur Chance für das Evangelium wird“ (Brendow Verlag) beschreibt Erik Händeler die Chancen für die Kirchen durch die Digitalisierung.

### Umkehr und Erneuerung

– so wird der Weg beschrieben, den die katholische Kirche in Deutschland seit einem Jahr geht.

# Synodaler Weg

Der Grund dafür ist so offensichtlich, dass ich immer wieder fassungslos bin, wenn ich auf vereinzelte Katholik\*innen treffe, die keinen Reformbedarf sehen, die alles so belassen möchten, wie es ist. Angesichts der tiefen Krise wäre ein „weiter so“ verheerend. Die aktuelle Austrittswelle in der Diözese Köln spricht eine erschreckend deutliche Sprache. Als gläubiger Katholik leide ich an einer Situation, die in einer Selbstmarginalisierung der Katholischen Kirche enden könnte. >>



Synodaler Weg

# „Ich bin fassungslos über Katholiken, die keinen Reformbedarf sehen“

Erste Synodalversammlung 2020 in Frankfurt am Main: Dr. Burkhard Köster, Katholikenrat beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr und Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Text: Oberst i. G. Dr. Burkhard Köster



Der Missbrauchsskandal hat die Kirche bis in das Innerste getroffen. Die MHG\*-Studie von 2018 zeigte die erschütternden Dimensionen von Verbrechen und Vertuschung sexualisierter Gewalt auf. Betroffene wurden von ihrer und meiner Kirche in vielfältiger Weise im Stich gelassen. Vonseiten der kirchlichen Hierarchie ging es oftmals nur darum, den (Heiligen-)Schein nach außen zu wahren. Es liegt auf der Hand, so stellt es die MHG\*-Studie heraus und auch das Präsidium des Synodalen Wegs benennt es schonungslos: „Für beides – für den Missbrauch und für seine Vertuschung – hat die Studie nicht nur schuldhaftes Verhalten einzelner Personen, sondern auch Ursachen und begünstigende Faktoren benannt, die in kirchlichen Strukturen und Denkmustern begründet liegen: Machtkonzentration beim Klerus, Überhöhung des Priesterlichen Dienstes, männerbündische Verhaltensformen und Probleme der kirchlichen Sexualmoral“.

**„Bis heute bin ich noch auf kein überzeugendes Argument dafür gestoßen, dass Frauen mit ihren Charismen und Berufungen aus Ämtern ausgeschlossen werden müssten“**

Papst Franziskus hat in seinem Schreiben „An das pilgernde Volk Gottes in Deutschland“ vom 29. Juni 2019 „gemeinsam mit [uns] schmerzlich die zunehmende Erosion und den Verfall des Glaubens“ festgestellt. Diese Erosion des Glaubens liegt sicher nicht in erster Linie in der gesellschaftlichen Entwicklung begründet. Das so zu begründen wäre wieder ein zum Scheitern verdammt Versuch, die Schuld für die tiefen

strukturellen Mängel außerhalb der verfassten Kirche zu suchen. Vielmehr war die Kirche in ihrer Geschichte doch immer dann stark, wenn sie Antworten und Hilfen in der gegenwärtigen Situation gab und fand. Beispielsweise waren die Bettelorden im Mittelalter erfolgreich, weil sie (oftmals zunächst auch gegen Widerstände innerhalb der kirchlichen Hierarchie) den Nerv der Zeit trafen, ebenso Adolph Kolping, der mit seinem Engagement für die wandernden Gesellen eine Antwort auf eine drängende soziale Frage im 19. Jahrhundert und ihnen damit auch religiöse Bindung gab.

Wenn unser Papst uns deutsche Katholiken nun zur „Suche nach einer freimütigen Antwort auf die gegenwärtige Situation ermuntert“, kann das nur bedeuten zu fragen: Was ist heute gefordert, was benötigen heute die Menschen, wie muss die Kirche verfasst sein, damit die Frohe Botschaft von Jesus Christus, die „Güte und Menschenfreundlichkeit Gottes“ bei ihnen ankommt?

Eine Kirche, die 50 Prozent der Gläubigen – die Frauen – immer noch aus sakramentalen Ämtern ausschließt, obwohl gesellschaftlich die Gleichstellung und die damit verknüpfte Chancengerechtigkeit außer Frage steht, ist dafür schlecht aufgestellt. Bis heute bin ich noch auf kein überzeugendes Argument dafür gestoßen, dass Frauen mit ihren Charismen und Berufungen aus Ämtern ausgeschlossen werden müssten. Dahinter steht vielmehr ein antiquiertes Frauenbild, das über viele Jahrhunderte ausschließlich von Männern gezeichnet wurde. Aber auch im Bereich der Sexualmoral wird die Kirche nur noch als unglaubwürdig wahrgenommen. Lehren oder Strukturen, die aber nicht dem (geistlichen) Bedarf der Men-

schen dienen, müssen auf den Prüfstand, eine hierarchisch maßgeblich im 19. Jahrhundert verfasste Kirche allemal.

Diese wenigen, schlaglichtartigen Gedanken verdeutlichen, dass die deutschen Bischöfe meines Erachtens auf ihrer Frühjahrssitzung im März 2019 das einzig Richtige getan haben. Sie haben angesichts der Ergebnisse der MHG\*-Studie und der überall erkennbaren tiefen Krise und der kritischen Anfragen der Gläubigen entschieden, auf die Laien zuzugehen und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) um Mitarbeit in dem notwendigen Reformprozess zu bitten.

Seit einem Jahr gehe ich als Delegierter des Katholikenrats beim Katholischen Militärbischof diesen Weg mit. Ich erlebe ihn in den coronabedingt unterschiedlichen Formaten der Synodalversammlung und als Angehöriger des Forums III „Frauen in Diensten und Ämtern“. In den Foren mit jeweils rund 35 Mitgliedern findet die konkrete Sacharbeit statt, deren Ergebnisse in der Synodalversammlung beraten und ggf. mit Zweidrittelmehrheiten angenommen werden. Neben dem „Frauenforum“ wird noch in den Foren „Macht und Gewaltenteilung in der Kirche – Gemeinsame Teilnahme und Teilhabe am Sendungsauftrag“ (Vorsitz u. a. Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck), „Priesterliche Existenz heute“ sowie „Leben in gelingenden Beziehungen – Liebe leben in Sexualität und Partnerschaft“ gearbeitet.

## Dritte Synodalversammlung als Onlinekonferenz

Am 4. und 5. Februar 2021 tagte die Synodalversammlung nun als Onlinekonferenz. Es hätte die dritte Vollversammlung sein sollen, aber an eine Präsenztagung war nicht zu denken. Schon die geplante Vollversammlung im Herbst 2020 musste coronabedingt einer sogenannten Regionenkonferenz „Fünf Orte ein Weg“ weichen. Es hätten auch schon Papiere zur Abstimmung vorgestellt werden sollen, da ursprünglich der Synodale Weg auf zwei Jahre angelegt war. Aber vielleicht war es tatsächlich gut, dass dieser Zeitplan nicht eingehalten werden konnte. So bietet sich mehr Gelegenheit, zu reflektieren, noch weitere Stimmen zu hören, sich selbst mit seinen/ihren Meinungen zu prüfen. Dies schlägt sich auch positiv in der Arbeit des Frauenforums nieder. Die Frage nach der Zulassung von Frauen zu „sakramentalen“ Ämtern und Diensten ist, so nehme ich es wahr, eine der drängendsten Fragen und neben der Frage des Pflichtzölibats eine der emotionalsten.

Zum Glück registriere ich eine übergroße Mehrheit in der Synodalversammlung, die sich den Missständen in der Kirche und den Herausforderungen unserer Zeit stellen will, Delegierte aus den Gemeinden, Katholischen Verbänden und Organisationen, Ordensleute, Priester und Bischöfe. Sie suchen nach Wegen für eine katholische Kirche mit Zukunft, theologisch fundiert und lebensnah. Das stimmt mich zuversichtlich im Hinblick auf gute Ergebnisse, die in konkreten Schritten in Deutschland, aber auch in drängenden Anfragen an Rom enden werden. Die Sorge um die Zukunft der Kirche spreche ich niemandem ab. Daher bin ich besonders verärgert über gelegentliche Äußerungen aus Rom oder von wenigen, aber

lautstarken und anscheinend gut (in Rom) vernetzten Gegnern des Synodalen Weges. Sie versuchen, offensichtlich notwendige Reformen mit von mir als verletzend empfundenen Schlagworten wie „drohende Kirchenspaltung“, „Protestantisierung“ bzw. „unkatholisch“, „Anbiederung an den Zeitgeist“ oder „Gefahr für die Einheit der Weltkirche“ von vornherein zu verhindern. Vielleicht liegen die Ursachen für diese Einwürfe in der Angst – so meine Interpretation –, ihre (theologischen) Argumente seien zu schwach, oder weil, sie einfach nur am Bekannten, am Liebgewonnen festhalten wollen, um den eigenen Lebensentwurf nicht infrage stellen zu müssen.

**„Vielleicht ist Rom eine eigene Welt und die Weltkirche offener und vielgestaltiger als von manchen angenommen“**

So scheint mir der Verweis auf die Weltkirche ein schwaches Gegenargument zu sein. Nach allem, was ich im Rahmen der Synodalversammlungen und in Veröffentlichungen sehe und lese, ist die gesamte Weltkirche an unserer Arbeit ausgesprochen interessiert. Die gleichen drängenden Fragen nach Priesteramt, Rolle der Frau oder auch Fragen der Sexualität werden überall in der Welt gestellt. Vielleicht ist Rom eine eigene Welt und die Weltkirche offener und vielgestaltiger als von manchen angenommen.

Meine Zwischenbilanz fällt insgesamt positiv aus. Trotz der Querschüsse einiger weniger läuft die Arbeit in den Foren und in der Synodalversammlung sehr intensiv, zielorientiert und auf hohem theologischen Niveau. Spannend wird sein zu sehen, wie es gelingt, die Theologie anschließend für alle Gläubigen „verständlich“ zu übersetzen. Die Gesprächskultur ist konzentriert, zuhörend und offen, der Prozess dabei transparent (z. B. durch Livestream) und die in der Vollversammlung vorgestellten Texte sind im Internet verfügbar. Zudem gibt es inzwischen eine Fülle lesenswerter Publikationen zu den Themenfeldern. Besonders möchte ich auf die beeindruckende und ergreifende Sammlung von Lebenszeugnissen von 150 Frauen hinweisen. In dem Band von Sr. Philippa Rath OSB, „Weil Gott es so will“, erzählen Frauen von ihrer Berufung zur Diakonin und Priesterin. Hierbei wird deutlich, welch großes Potenzial die Katholische Kirche bis heute verschenkt.

Auch wenn es vielleicht nicht immer öffentlich deutlich wird, wir sind seit Januar 2020 auf einem guten Weg. Ihn zu begehen ist unbedingt notwendig. Vielleicht muss noch der ein oder andere Umweg oder ein Abzweig genommen werden. Er darf nur nicht wie die „Würzburger Synode“ vor gut 50 Jahren oder der „Gesprächsprozess“ von 2011 bis 2015 im Nirgendwo enden. Aber ich vertraue auf überzeugende theologische Argumente, auf das Wirken des Heiligen Geistes und auf die Kraft des Gebets. Dann wird uns der Weg zu einem guten Ende führen. ■

\*Die MHG-Studie ist ein interdisziplinäres Forschungsverbundprojekt zur Thematik sexueller Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz.





### Reginas Erbinnen

Ein ermutigender Band für Frauen und Männer

Sie war eine Pionierin und ist heute vielen Jüdinnen und Juden ein Vorbild: Regina Jonas, die sich trotz vieler Widerstände behauptete und die weltweit erste Rabbinerin wurde. 1924 hatte sie sich an der von Abraham Geiger gegründeten liberalen Hochschule für die Wissenschaft des Judentums eingeschrieben. Elf Jahre später willigte Rabbiner Max Dienemann vom Liberalen Rabbinerverband in ihre Ordination ein. Jonas wirkte in ihrer Heimatstadt Berlin, bevor sie 1942 mit ihrer Mutter nach Theresienstadt deportiert wurde. Auch dort, mitten in Not und Leid, wirkte sie rabbinisch. Lange Jahre war Jonas, die 42 Jahre alt wurde, vergessen, bevor sie mithilfe von Dokumenten, eines Films und Publikationen wieder bekannter gemacht wurde. Jetzt ist ein neues Buch erschienen, herausgegeben von Rabbinerin Antje Yael Deusel und Rocco Thiede. Es versammelt neun Porträts von Frauen aus unterschiedlichen Strömungen des Judentums. Nicht nur wegen dieser unkonventionellen Lebenswege ist das Buch ausgesprochen interessant. Es gibt zudem weitere Einblicke in das Judentum und in das Denken der Porträtierten.

212 Seiten, Klappenbroschur  
Erschienen 2021  
19,90 €



Foto: DIZ/Torgau

### Datenbank zu Kriegsrichtern der Wehrmacht online

Internet

Eine umfangreiche Datenbank zu Kriegsrichtern der nationalsozialistischen Wehrmacht steht auf der Homepage des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Torgau online. Sie enthält biografische Angaben zu mehr als 2.000 Wehrmachtsrichtern. Die Datenbank entstand aus einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Universität Dresden. Die Stadt Torgau entwickelte sich im Zweiten Weltkrieg zum wichtigsten Zentrum der NS-Militärjustiz. Der Oberste Gerichtshof der Wehrmacht, das Reichskriegsgericht, nahm 1943 seinen Sitz in Torgau. Zudem hatte die Wehrmacht mit dem Beginn des Krieges zwei große Gefängnisse in der Stadt eingerichtet, davon mit dem Fort Zinna die größte ihrer Haftstätten. Viele der etwa 60.000 Häftlinge gehörten dem europäischen Widerstand an. Mehrere Hundert Verurteilte wurden in Torgau hingerichtet.



Foto: Instagram/Staatliche Museen zu Berlin

### Instagram-Live-Touren durch weitere Berliner Museen

Social Media

Die Instagram-Live-Touren durch coronabedingt geschlossene Berliner Museen und Ausstellungen werden erweitert. Das Bode-Museum, das Neue Museum sowie das Kulturforum wurden nun in das Programm aufgenommen, wie die Staatliche Museen zu Berlin ankündigten. Die jeweils rund halbstündigen geführten Rundgänge finden jeden zweiten Freitag live auf dem Instagram-Kanal der Staatlichen Museen zu Berlin statt. Zuschauer können währenddessen Fragen stellen. Bisher gab es schon Instagram-Rundgänge durch die Friedrichswerdersche Kirche, die Alte Nationalgalerie, das Kunstgewerbemuseum, das Kupferstichkabinett, das Museum Berggruen sowie die James-Simon-Galerie. Alle Touren sind online dauerhaft auf der Homepage der Staatlichen Museen verfügbar.

Live-Touren durch Berliner Museen  
Homepage der Staatlichen Museen zu Berlin



Foto: arte/Tomas Skoda

### VETERAN

TV/DRAMA

Ein Tscheche hat in 20 Jahren Fremdenlegion Kämpfen und Überleben gelernt, ist mit dem Alltag aber zuerst überfordert, als er in seine Heimatstadt zurückkehrt. Während er langsam wieder Kontakt zu seiner Familie aufbaut, durch eine Rettungstat auch sozial aufsteigt und eine Liebesbeziehung mit der Tochter seines Gönners beginnt, kann er seine gewaltsame Vergangenheit nicht abstreifen. Packendes Drama um Schuld und die Suche nach Vergebung sowie um Doppelmoral und Kaderdenken innerhalb der tschechischen Gesellschaft. Intensiv vermittelt vor allem der Hauptdarsteller das Dilemma einer Figur auf der Suche nach Frieden unter gewalttätigen Umständen.

Das Drama von 2020 um Schuld und Vergebung des angesehenen tschechischen Regisseurs Jan Hřebejk kreist um die Unmöglichkeit, eine schuldhaftige Vergangenheit abzulegen, aber auch um Doppelmoral und Kaderdenken innerhalb der tschechischen Gesellschaft. Herausragend ist dabei die Leistung von Hauptdarsteller Milan Ondřík, der das Dilemma einer Figur auf der Suche nach Frieden unter gewalttätigen Umständen intensiv näher bringt.

Drama | Tschechische Republik/Frankreich/Deutschland  
2020 100 Minuten, filmdienst.de  
Erstaussendung 29.01.2021 arte



Foto: Piper

### Breath - Atem

Sachbuch

Neues Wissen über die vergessene Kunst des Atmens - Der New-York-Times-Bestseller:

Unsere Atmung kann uns helfen abzunehmen, unseren allgemeinen Gesundheitszustand positiv beeinflussen und sogar unser Leben verlängern. Wer richtig atmet, ist selbstbewusster und kann sich besser fokussieren. Egal, was wir essen, wie viel Sport wir machen, wie gut unsere Gene sind, wie schlank oder jung wir sind - nichts davon spielt eine Rolle, wenn wir falsch atmen. Dieses Buch will uns die verlorene Kunst des guten Atmens wieder näherbringen. James Nestor trifft Spitzenwissenschaftler in Harvard und studiert die Auswirkungen von Atembeschwerden. Er bringt uns das Wissen von Schwimmtrainern ebenso nahe wie das von indischen Mystikern und strengen russischen Kardiologen, um zu zeigen, was die Atmung in unserem Körper auslösen kann.

€ 22,00  
Erschienen am 04.01.2021  
Übersetzt von: Martin Bayer  
336 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag



Menschen in der GKS

## 13 Fragen an...?

### Leutnant Marcel Rost Bereichsvorsitzender Süd



Foto: Pixabay

**Welche berühmte Persönlichkeit möchten Sie gern treffen?**  
Unsere Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel

**Für welche Dinge in Ihrem Leben sind Sie dankbar?**  
Familie, Freunde und die positiven Begegnungen

**Sie dürften eine Sache auf der Welt verändern.  
Welche wäre das?**  
Abschaffung der Armut

**Auf welche Frage hatten Sie in letzter Zeit keine Antwort?**  
Wann haben wir die derzeit herrschende Pandemie überwunden?

**Auf was können Sie im Leben nicht verzichten?**  
Schokolade

**Wofür oder für wen würden Sie nachts aufstehen?**  
Für die gute Sache

**Wenn Sie sich ein Land aussuchen könnten, in welchem würden Sie gern leben?**  
Bayern in Deutschland ist schon sehr schön.  
Die Alternative wäre Österreich

**Warum üben Sie heute den Beruf aus, in dem Sie arbeiten?**  
Aus Freude an den Menschen und an der Arbeit

**Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, welche wären das?**  
Gesund bleiben, noch mal studieren zu können und mehr Zeit zum Wandern

**An was glauben Sie?**  
Gott und das Gute im Menschen

**Wo haben Sie Ihren letzten Urlaub verbracht?**  
Segelurlaub in Griechenland, war sehr schön dort

**Was darf in Ihrem Urlaubskoffer niemals fehlen?**  
Taucherbrille und Schwimmflossen

**Was wünschen Sie sich für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten?**  
Weiterhin einen hohen Bekanntheitsgrad in den Streitkräften, bei Jung und Alt

## VORSCHAU

HEFT 309  
erscheint im  
Juli 2021



### IN DER NÄCHSTEN AUSGABE:

**Bundestagswahl:**  
Parteien zur Wahl

**Umfrage zum AUFTRAG**  
Sagen Sie uns, wie Ihnen der AUFTRAG gefällt!

**Bundeskonzferenz digital**  
Berichte, Einblicke und Hintergründe

Themenvorschläge zum Titelthema der nächsten Ausgabe  
nimmt die Redaktion des AUFTRAG gern bis zum  
31. Mai 2021 entgegen.

### IMPRESSUM

AUFTRAG ist die Verbandszeitschrift der  
Gemeinschaft Katholischer Soldaten  
(GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

HERAUSGEBER:  
GKS, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin  
[www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de](http://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de)

REDAKTION:  
Verantwortliche Redakteurin:  
Nadin Schley V. i. S. d. P.

TITELFOTO:  
Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:  
Redaktion AUFTRAG  
Am Weidendamm 2  
10117 Berlin  
E-Mail: [redaktion-auftrag@kath-soldaten.de](mailto:redaktion-auftrag@kath-soldaten.de)

Für unverlangte Einsendungen  
wird keine Haftung übernommen.  
Namensartikel werden allein vom  
Verfasser verantwortet. Nicht immer  
sind bei Nachdrucken die Inhaber von  
Rechten feststellbar oder erreichbar. In  
solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich  
der Herausgeber, nachträglich geltend  
gemachte rechtmäßige Ansprüche  
nach den üblichen Honorarsätzen  
zu vergüten. Nachdruck, auch  
auszugsweise, nur mit Genehmigung  
der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:  
GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln  
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18  
BIC: GENODE33PAX

LAYOUT:  
Editorial Publishing Berlin e. K.  
Eberhard-Roters-Platz 14  
10965 Berlin

DRUCK:  
DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH  
Wilhelm-Kabus-Str. 21-35  
10829 Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS:  
10. Februar 2021